

# Amtsblatt

## der Europäischen Gemeinschaften

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

Inhalt

	I	<i>Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte</i>	
	*	<b>Verordnung (EG) Nr. 40/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die Ausfuhr bestimmter EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse aus der Slowakei in die Gemeinschaft für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1997 (Verlängerung des Systems der doppelten Kontrolle).....</b>	1
		Verordnung (EG) Nr. 41/97 der Kommission vom 13. Januar 1997 über die Lieferung von Pflanzenöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe.....	3
		Verordnung (EG) Nr. 42/97 der Kommission vom 13. Januar 1997 über die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des Zollkontingents für das erste Quartal 1997 (zweiter Zeitraum).....	9
		Verordnung (EG) Nr. 43/97 der Kommission vom 13. Januar 1997 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise .....	11
	*	<b>Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen.....</b>	13
		II	<i>Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte</i>
		Kommission	
		97/27/EG:	
	*	<b>Beschluß der Kommission vom 3. Dezember 1996 über die Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kegelrollenlagern mit Ursprung in Japan .....</b>	34
		Berichtigungen	
	*	<b>Berichtigung der Empfehlung 96/733/EG der Kommission vom 9. Dezember 1996 über Umweltvereinbarungen zur Durchführung von Richtlinien der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 333 vom 21. 12. 1996) .....</b>	40

## I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)*

**VERORDNUNG (EG) Nr. 40/97 DES RATES  
vom 20. Dezember 1996**

**über die Ausfuhr bestimmter EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse aus der Slowakei  
in die Gemeinschaft für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1997  
(Verlängerung des Systems der doppelten Kontrolle)**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Am 1. Februar 1995 trat das Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits<sup>(1)</sup> in Kraft.

In dem Beschluß Nr. .../96 des Assoziationsrates der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits<sup>(2)</sup> kamen die Parteien überein, das mit dem Beschluß Nr. 2/95<sup>(3)</sup> eingeführte System der doppelten Kontrolle mit einigen Änderungen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1997 zu verlängern.

Es ist daher erforderlich, die Verordnung (EG) Nr. 3054/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die Einfuhr bestimmter EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse aus bestimmten Drittländern in die Europäischen Gemeinschaften<sup>(4)</sup> zu ändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Verordnung (EG) Nr. 3054/95 findet gemäß dem Beschluß Nr. .../96 des Assoziationsrates mit den in

Artikel 2 der vorliegenden Verordnung genannten Änderungen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1997 weiterhin Anwendung. In der Präambel sowie in Artikel 1 Absätze 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 3054/95 wird die Zeitangabe „1. Januar bis 31. Dezember 1996“ durch „1. Januar bis 31. Dezember 1997“ ersetzt. Artikel 1 Absatz 4 derselben Verordnung wird aufgehoben.

*Artikel 2*

- (1) Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 3054/95 wird durch den Anhang zu dieser Verordnung ersetzt.
- (2) In Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 3054/95 werden die Worte „Export Licence“ durch „Export Document“ ersetzt; die Worte „licence d'exportation“ werden durch „document d'exportation“ ersetzt.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Januar 1997.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 20. Dezember 1996.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

S. BARRETT

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 359 vom 31. 12. 1994, S. 2.

<sup>(2)</sup> Der Beschluß wird derzeit veröffentlicht.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 325 vom 30. 12. 1995, S. 65.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 325 vom 30. 12. 1995, S. 1.

## ANHANG

## „ANHANG III

## SLOWAKEI

## Liste der Waren, die der doppelten Kontrolle unterliegen (1997)

<i>Warmgewalzte Rollen und gebeizte Rollen</i>	<i>Warmgewalzter Bandstahl</i>
7208 10 00	7211 14 10
7208 25 00	7211 14 90
7208 26 00	7211 19 20
7208 27 00	7211 19 90
7208 36 00	7212 60 91
7208 37 10	7220 11 00
7208 37 90	7220 12 00
7208 38 10	7220 90 31
7208 38 90	7226 19 10
7208 39 10	7226 20 20
7208 39 90	7226 91 10
	7226 91 90
	7226 93 20
7219 11 00	7226 94 20
7219 12 10	7226 99 20
7219 12 90	
7219 13 10	<i>Kaltgewalzter Bandstahl</i>
7219 14 10	7211 23 10
7219 14 90	7211 23 51
	7211 23 99
7225 19 10	7211 29 20
7225 20 20	7211 90 19
7225 30 00	7211 90 90
	7226 92 90
<i>Stäbe</i>	7226 93 80
7208 40 10	7226 94 80
7208 40 90	7226 99 80
7208 51 10	<i>Feuerverzinkte Bleche, Rollen und Bänder</i>
7208 51 99	7210 11 90
7208 52 10	7210 41 10
7208 52 99	7210 41 90
7208 53 10	7210 49 10
7208 53 90	7210 49 90
7208 54 10	7210 61 10
7208 54 90	
7208 90 10	7212 30 90
7208 90 90	
<i>Kaltgewalzte Bleche und Rollen</i>	<i>Weißblech in Rollen, Blechen und Bändern</i>
7209 15 00	7210 11 10
7209 16 90	7210 12 11
7209 17 90	7210 70 31
7209 18 91	7210 70 39
7209 18 99	7212 10 99
7209 25 00	
7209 26 90	<i>Nichtkornorientierter Stahl in Blechen, Rollen und Bändern (Elektroblech)</i>
7209 27 90	7209 17 10
7209 28 90	7209 27 10
7209 90 10	
7209 90 90	7211 23 91*

## VERORDNUNG (EG) Nr. 41/97 DER KOMMISSION

vom 13. Januar 1997

## über die Lieferung von Pflanzenöl im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates  
vom 27. Juni 1996 über die Nahrungsmittelhilfepolitik  
und -verwaltung sowie über spezifische Maßnahmen zur  
Erhöhung der Ernährungssicherheit<sup>(1)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der vorgenannten Verordnung wurde die Liste der für  
die Nahrungsmittelhilfe in Betracht kommenden Länder  
und Organisationen und der für die Beförderung der  
Nahrungsmittellieferung über die fob-Stufe hinaus  
geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über  
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Begünstigten Pflan-  
zenöl zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung  
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987  
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die  
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der  
Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft<sup>(2)</sup>, geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 790/91<sup>(3)</sup>.

Zu diesem Zweck sollten insbesondere die Lieferfristen  
und -bedingungen sowie das Verfahren zur Bestimmung  
der sich daraus ergebenden Kosten genauer festgelegt  
werden.

Um die Durchführung der Lieferungen abzusichern,  
sollten Vorkehrungen getroffen werden, die es den  
Bietern ermöglichen, Raps- bzw. Sonnenblumenöl, bereit-  
zustellen. Bezüglich der Lieferung der einzelnen Partien  
erhält das günstigste Angebot den Zuschlag.

Da für eine bestimmte Partie nur kleine Mengen zu  
liefern sind, sollte unter Berücksichtigung der Art der

Verpackung und der Vielzahl von Bestimmungsorten die  
Möglichkeit vorgesehen werden, daß die Bieter zwei,  
gegebenenfalls nicht ein und demselben Hafengebiet  
zugehörige Verladehäfen angeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft  
wird Pflanzenöl bereitgestellt zur Lieferung an die in dem  
Anhang aufgeführten Begünstigten gemäß der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2200/87 zu den in dem Anhang aufge-  
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen  
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Die Lieferung betrifft die Bereitstellung von in der  
Gemeinschaft erzeugtem Pflanzenöl. Die zu liefernden  
Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungs-  
verkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein.

Die Angebote, die für die im Anhang ausgewiesenen  
Partien eingereicht wurden, sollen sich entweder auf  
Raps- oder Sonnenblumenöl, beziehen. In einem Angebot  
ist, um gültig zu sein, die jeweilige Ölsorte anzugeben.

In dem die Partie A betreffenden Gebot dürfen abwei-  
chend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2200/87 zwei, nicht notwendigerweise  
ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verladehäfen  
angegeben werden.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger  
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-  
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem  
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten  
als nicht geschrieben.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-  
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*  
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. Januar 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 166 vom 5. 7. 1996, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 108.

## ANHANG

## PARTIE A

1. **Maßnahmen Nrn. 1** <sup>(1)</sup>: 1194/95 (A1); 1235/95 (A2); 1236/95 (A3); 1266/95 (A4); 1296/95 (A5)
2. **Programm**: 1995
3. **Begünstigter** <sup>(2)</sup>: Euronaid, Postbus 12, NL-2501 CA Den Haag, Nederland [Tel.: (31-70) 33 05 757; Telefax: 36 41 701; Telex: 30960 EURON NL]
4. **Vertreter des Begünstigten**: Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land**: A1: Madagaskar; A2 + A3: Burkina Faso; A4: Kuba; A5: Peru
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: Pflanzenöl: entweder raffiniertes Rapsöl oder raffiniertes Sonnenblumenöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware** <sup>(3)</sup> <sup>(7)</sup> <sup>(11)</sup>: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III A 1 a) oder b))
8. **Gesamtmenge (Tonnen netto)**: 260,5
9. **Anzahl der Partien**: 1 in 5 Teilmengen (A1: 45 Tonnen; A2: 30 Tonnen; A3: 20,5 Tonnen; A4: 105 Tonnen; A5: 60 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung** <sup>(6)</sup> <sup>(8)</sup>: Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (10.4 A, B und C 2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III A. 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: A1-A3: Französisch; A4 + A5: Englisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Rapsöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein.
12. **Lieferstufe**: frei Verschiffungshafen <sup>(10)</sup>
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen**: 24. 2. — 16. 3. 1997
18. **Lieferfrist**: —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 28. 1. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung**:
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 11. 2. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen: 10. — 30. 3. 1997
  - c) Lieferfrist: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie** <sup>(1)</sup>:  
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur T. Vestergaard, bâtiment Loi 130, bureau 7/46,  
Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Brüssel; Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 /  
296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers** <sup>(\*)</sup>: —

## PARTIE B

1. **Maßnahme Nr. (1):** 66/96
2. **Programm:** 1996
3. **Begünstigter (2):** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma [Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I]
4. **Vertreter des Begünstigten:** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land (3):** Sierra Leone
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Pflanzenöl: entweder raffiniertes Rapsöl oder raffiniertes Sonnenblumenöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7) (11):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III A 1 a) oder b))
8. **Gesamtmenge (Tonnen netto):** 1 000
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6):**  
Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (10.4.A, B und C2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III.A.3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Englisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Pflanzenöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe:** frei Verschiffungshafen
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen:** 3. — 23. 3. 1997
18. **Lieferfrist:** —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 28. 1. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 11. 2. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen: 17. 3. — 6. 4. 1997
  - c) Lieferfrist: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1):**  
Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat, 200, B-1049 Bruxelles/Brussel, Telex: 25670 AGREC B; Telefax (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4):** —

## PARTIE C

1. **Maßnahme Nr. (¹):** 1267/95
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (²):** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma; [Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I]
4. **Vertreter des Begünstigten:** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land (³):** Guatemala
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Pflanzenöl: entweder raffiniertes Rapsöl oder raffiniertes Sonnenblumenöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³) (⁴) (¹¹):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III A 1 a) oder b)
8. **Gesamtmenge (Tonnen netto):** 200
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (⁶) (⁷):** Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (10.4 A, B und C 2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III.A.3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Spanisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Pflanzenöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Santo Tomás de Castilla
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 24. 2. — 9. 3. 1997
18. **Lieferfrist:** 6. 4. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 28. 1. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 11. 2. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen: 10. — 23. 3. 1997
  - c) Lieferfrist: 20. 4. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (¹):** Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel, Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (⁸):** —

## PARTIE D

1. **Maßnahme Nr. (1):** 1334/95
2. **Programm:** 1995
3. **Begünstigter (2):** World Food Programme (WFP), via Cristoforo Colombo 426, I-00145 Roma; [Tel.: (39-6) 57 971; Telex: 626675 WFP I]
4. **Vertreter des Begünstigten:** Wird vom Begünstigten benannt
5. **Bestimmungsort oder -land (3):** Äthiopien
6. **Bereizustellendes Erzeugnis:** Pflanzenöl: entweder raffiniertes Rapsöl oder raffiniertes Sonnenblumenöl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (7) (11):** Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III A 1 a) oder b))
8. **Gesamtmenge (Tonnen netto):** 1 235
9. **Anzahl der Partien:** 1 in 4 Teilmengen (D1: 200 Tonnen; D2: 360 Tonnen; D3: 400 Tonnen; D4: 275 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (6) (9):** Siehe ABl. Nr. C 267 vom 13. 9. 1996, S. 1 (10. 4 A, B und C2)  
Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 1 (III. A. 3)  
Kennzeichnung in folgender Sprache: Englisch
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Bereitstellung von in der Gemeinschaft erzeugtem raffiniertem Pflanzenöl. Die zu liefernden Waren dürfen nicht im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs hergestellt und/oder aufgemacht worden sein
12. **Lieferstufe:** frei Bestimmungsort
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** M.O.A. warehouses in: D1: Modjo; D2: Mekele; D3: Kembolcha; D4: Awassa
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen:** 3. — 16. 3. 1997
18. **Lieferfrist:** 27. 4. 1997
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 28. 1. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
21. **Im Fall einer zweiten Ausschreibung:**
  - a) Frist für die Angebotsabgabe: 11. 2. 1997 [12 Uhr (Brüsseler Zeit)]
  - b) Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Fall eines Zuschlags für die Lieferung frei Verschiffungshafen: 17. — 30. 3. 1997
  - c) Lieferfrist: 11. 5. 1997
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 15 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Abgabe des Angebots und der Ausschreibungsgarantie (1):** Bureau de l'aide alimentaire, Attn. Mr T. Vestergaard, Bâtiment Loi 130, bureau 7/46, Rue de la Loi/Wetstraat 200, B-1049 Bruxelles/Brussel, Telex: 25670 AGREC B; Telefax: (32-2) 296 70 03 / 296 70 04 (ausschließlich)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (4):** —



*Vermerke:*

- (<sup>1</sup>) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (<sup>2</sup>) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (<sup>3</sup>) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind. In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 und an Jod 131 anzugeben.
- (<sup>4</sup>) Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe g) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht auf die Einreichung der Angebote anwendbar.
- (<sup>5</sup>) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierende Vertretung der Kommission: Siehe ABl. Nr. C 114 vom 29. 4. 1991, S. 33.
- (<sup>6</sup>) Die Aufschrift erhält, abweichend von ABl. Nr. C 114, Punkt III A 3 c), folgende Fassung: „Europäische Gemeinschaft“.
- (<sup>7</sup>) Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung ein Gesundheitszeugnis (A5: + Haltbarkeitsdatum).
- (<sup>8</sup>) Lieferung in Containern von 20 Fuß, Bedingungen FCL/FCL (jeder Container soll 15 Tonnen enthalten).  
Der Lieferant übernimmt die Kosten für das Verbringen frei Terminal im Verladehafen, gestapelt. Der Empfänger übernimmt die folgenden Verladekosten, auch die für den Abtransport der Container vom Terminal.  
Artikel 13 Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 ist nicht anwendbar.  
Der Zuschlagsempfänger muß dem Empfänger eine vollständige Ladeliste eines jeden Containers übermitteln, in der die Anzahl Blechdosen aufgeführt ist, die zu jeder in der Ausschreibungsbekanntmachung aufgeführten Verladenummer gehören.  
Der Zuschlagsempfänger muß jeden Container mit einer numerierten Plombe verschließen (Sysko Lock-tainer 180 seal), deren Nummer dem Spediteur des Begünstigten mitgeteilt wird.
- (<sup>9</sup>) Die Container müssen mindestens 15 Tage lang frei verwendet werden dürfen.
- (<sup>10</sup>) In dem Gebot dürfen abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 zwei nicht notwendigerweise ein und demselben Hafengebiet zugehörige Verladehäfen angegeben werden.
- (<sup>11</sup>) In einem Angebot ist, um gültig zu sein, der jeweilige Typ des betreffenden Öls enthalten.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 42/97 DER KOMMISSION**

vom 13. Januar 1997

**über die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des  
Zollkontingents für das erste Quartal 1997 (zweiter Zeitraum)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates  
vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Bananen <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 3290/94 <sup>(2)</sup>,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1442/93 der  
Kommission vom 10. Juni 1993 mit Durchführungsbe-  
stimmungen zu der Einfuhrregelung für Bananen <sup>(3)</sup>,  
zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1409/  
96 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 478/95 der  
Kommission vom 1. März 1995 mit ergänzenden Durch-  
führungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr.  
404/93 des Rates betreffend die Zollkontingentregelung  
für die Einfuhr von Bananen in die Gemeinschaft und zur  
Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1442/93 <sup>(5)</sup>, geän-  
dert durch die Verordnung (EG) Nr. 702/95 <sup>(6)</sup>, insbeson-  
dere auf Artikel 4 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2413/96 der  
Kommission vom 18. Dezember 1996 betreffend die  
Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im  
Rahmen des Zollkontingents für das erste Quartal 1997  
und die Einreichung neuer Anträge <sup>(7)</sup> wurden die verfü-  
baren Mengen für neue Einfuhrlizenzanträge im Rahmen  
des Zollkontingents für das erste Quartal 1997 festgesetzt.  
Gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr.  
478/95 werden unverzüglich die Mengen bestimmt, für  
die Lizenzen für den oder die betreffenden Ursprünge  
erteilt werden können.

Gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.  
1442/93 gilt folgendes: Liegen die Mengen, für die

Anträge auf Erteilung von Einfuhrlizenzen für die eine  
und/oder andere Gruppe von Marktbeteiligten gestellt  
wurden, für ein Quartal und ein in Anhang I der Verord-  
nung (EG) Nr. 478/95 genanntes Ursprungsland bzw. eine  
dort genannte Gruppe von Ursprungsländern über der  
verfügbaren Menge, so wird ein Prozentsatz festgesetzt,  
um den die Mengen in den diesbezüglichen Anträgen  
gekürzt werden. Diese Vorschrift gilt jedoch nicht für  
Anträge, die Lizenzen für die Kategorie C oder die Kate-  
gorien A und B von höchstens 150 Tonnen betreffen,  
sofern die so beantragte Gesamtmenge der Kategorien A  
und B eines bestimmten Ursprungs 15 % der beantragten  
Gesamt mengen nicht überschreitet.

Da die für den Ursprung „Kolumbien Kategorie B“ bean-  
tragte Menge die noch verfügbare Menge überschreitet, ist  
ein Kürzungskoeffizient anzuwenden. Für die in allen  
anderen neuen Anträgen aufgeführten Mengen können  
Einfuhrlizenzen erteilt werden.

Diese Verordnung muß unverzüglich anwendbar sein,  
damit die Lizenzen schnellstmöglich erteilt werden  
können —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Im Rahmen des Zollkontingents für die Einfuhr von  
Bananen werden für das erste Quartal 1997 folgende  
Einfuhrlizenzen für neue Anträge gemäß Artikel 4 Absatz  
1 der Verordnung (EG) Nr. 478/95 erteilt:

1. für die in den Lizenzanträgen vermerkten, mit dem  
Verringerungskoeffizienten 0,2270 multiplizierten  
Mengen der Kategorie B mit Ursprung in Kolumbien,  
ausgenommen Anträge, die sich auf 150 Tonnen oder  
weniger beziehen;
2. für die in den Lizenzanträgen vermerkten Mengen mit  
einem anderen Ursprung als dem unter Ziffer 1  
genannten;
3. für die in den Lizenzanträgen vermerkten Mengen der  
Kategorie C.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 14. Januar 1997 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 47 vom 25. 2. 1993, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 6.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 181 vom 20. 7. 1996, S. 13.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 49 vom 4. 3. 1995, S. 13.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 71 vom 31. 3. 1995, S. 84.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 329 vom 19. 12. 1996, S. 21.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. Januar 1997

*Für die Kommission*  
Franz FISCHLER  
*Mitglied der Kommission*

---

## VERORDNUNG (EG) Nr. 43/97 DER KOMMISSION

vom 13. Januar 1997

## zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der  
Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchfüh-  
rungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von  
Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EG) Nr. 2375/96 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 4  
Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des  
Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EG) Nr. 150/95 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen  
Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der  
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien  
sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in  
ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume  
festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im  
Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen  
pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94  
genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle  
im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 14. Januar 1997 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 13. Januar 1997

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 325 vom 14. 12. 1996, S. 5.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

## ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 13. Januar 1997 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

*(ECU/100 kg)*

KN-Code	Drittland-Code <sup>(1)</sup>	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 15	052	42,0
	204	56,5
	624	175,4
	999	91,3
0707 00 10	053	198,8
	624	112,4
	999	155,6
0709 10 10	220	192,2
	999	192,2
0709 90 71	052	130,0
	999	130,0
0805 10 01, 0805 10 05, 0805 10 09	052	39,0
	204	50,3
	448	28,4
	600	55,4
	624	39,3
	999	42,5
0805 20 11	052	58,2
	204	66,4
	999	62,3
0805 20 13, 0805 20 15, 0805 20 17, 0805 20 19	052	65,9
	464	86,0
	624	76,0
	999	76,0
0805 30 20	052	76,3
	528	45,5
	600	81,5
	999	67,8
0808 10 51, 0808 10 53, 0808 10 59	052	53,0
	060	48,1
	064	64,7
	400	87,7
	404	76,2
	720	58,5
	999	64,7
	999	64,7
0808 20 31	052	74,6
	064	71,6
	400	101,5
	624	75,5
	999	80,8

<sup>(1)</sup> Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 68/96 der Kommission (ABl. Nr. L 14 vom 19. 1. 1996, S. 6). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

## RICHTLINIE 96/82/EG DES RATES

vom 9. Dezember 1996

## zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 130s Absatz 1, auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(2)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 189 C des Vertrags<sup>(3)</sup>, in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 82/501/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten<sup>(4)</sup> betrifft die Verhütung schwerer Unfälle, die durch bestimmte Industrietätigkeiten verursacht werden könnten, sowie die Begrenzung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt.
- (2) Nach den in Artikel 130 R Absätze 1 und 2 des Vertrages verankerten und in den Aktionsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft für den Umweltschutz<sup>(5)</sup> erläuterten Zielen und Grundsätzen der Umweltpolitik der Gemeinschaft geht es insbesondere darum, durch vorbeugende Maßnahmen die Qualität der Umwelt zu erhalten und die Gesundheit des Menschen zu schützen.
- (3) Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben in ihrer EntschlieÙung zum Vierten Aktionsprogramm für den Umweltschutz<sup>(6)</sup> auf die Notwendigkeit einer wirksamen Durchführung der Richtlinie 82/501/EWG hingewiesen und deren Überarbeitung verlangt, die gegebenenfalls die Erweiterung ihres Anwendungsbereichs sowie eine Verstärkung des entsprechenden Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten einschließt. Im Fünften Aktionsprogramm, dessen Konzept der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten in ihrer EntschlieÙung vom 1. Februar

1993<sup>(7)</sup> gebilligt haben, wird außerdem ein besseres Risiko- und Unfallmanagement gefordert.

- (4) Angesichts der Unfälle von Bhopal und Mexiko City, die aufgezeigt haben, welche Gefahren von gefährlichen Anlagen in der Nähe von Wohnvierteln ausgehen können, haben der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten mit ihrer EntschlieÙung vom 16. Oktober 1989 die Kommission aufgefordert, in die Richtlinie 82/501/EWG Bestimmungen über die Überwachung der Flächennutzungsplanung im Fall der Genehmigung neuer Anlagen und des Entstehens von Ansiedlungen in der Nähe bestehender Anlagen aufzunehmen.
- (5) In der letztgenannten EntschlieÙung wurde die Kommission aufgefordert, mit den Mitgliedstaaten auf ein gegenseitiges Verständnis und eine stärkere Harmonisierung der einzelstaatlichen Grundsätze und Verfahrensweisen für Sicherheitsberichte hinzuwirken.
- (6) Es sollte ein Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Ansätze bei der Begrenzung der Gefahren bei schweren Unfällen stattfinden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten ihre Beziehungen zu den zuständigen internationalen Organisationen fortführen und sich bemühen, auch gegenüber Drittländern Maßnahmen vorzusehen, die den in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen gleichwertig sind.
- (7) In dem Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Wirkungen von Industrieunfällen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen sind Maßnahmen zur Verhütung von Industrieunfällen mit potentiell grenzüberschreitenden Wirkungen, zur Förderung der Bereitschaft gegenüber solchen Unfällen, zur Bekämpfung ihrer Folgen sowie eine internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorgesehen.
- (8) Die Richtlinie 82/501/EWG stellte einen ersten Harmonisierungsschritt dar. Die genannte Richtlinie ist zu ändern und zu ergänzen, um in der gesamten Gemeinschaft kohärent und wirksam ein hohes Schutzniveau sicherzustellen. Die derzeitige Harmonisierung beschränkt sich auf Maßnahmen, die für ein wirkungsvolleres System zur Verhütung schwerer Unfälle mit weitreichenden Folgen und zur Begrenzung der Unfallfolgen erforderlich sind.
- (9) Schwere Unfälle können Folgen haben, die über die Grenzen des jeweiligen Mitgliedstaats hinausreichen. Die ökologischen und wirtschaftlichen Kosten eines Unfalls werden nicht nur von dem davon betroffenen

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. C 106 vom 14. 4. 1994, S. 4, und ABl. Nr. C 238 vom 13. 9. 1995, S. 4.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. C 295 vom 22. 10. 1994, S. 83.

<sup>(3)</sup> Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 1995 (ABl. Nr. C 56 vom 6. 3. 1995, S. 80), gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 19. März 1996 (ABl. Nr. C 120 vom 24. 4. 1996, S. 20) und Beschluß des Europäischen Parlaments vom 15. Juli 1996 (ABl. Nr. C 261 vom 9. 9. 1996, S. 24).

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 230 vom 5. 8. 1982, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/692/EWG (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 48).

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. C 112 vom 20. 12. 1973, S. 1.

ABl. Nr. C 139 vom 13. 6. 1977, S. 1.

ABl. Nr. C 46 vom 17. 2. 1983, S. 1.

ABl. Nr. C 70 vom 18. 3. 1987, S. 1.

ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1.

<sup>(6)</sup> ABl. Nr. C 328 vom 7. 12. 1987, S. 3.

<sup>(7)</sup> ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993.

- Betrieb, sondern auch von den betreffenden Mitgliedstaaten getragen. Daher müssen Maßnahmen getroffen werden, durch die in der gesamten Gemeinschaft ein hohes Schutzniveau sichergestellt wird.
- (10) Die Bestimmungen dieser Richtlinie gelten unbeschadet bestehender Gemeinschaftsvorschriften über den Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Arbeitsplatz.
- (11) Die Verwendung einer Liste, in der bestimmte Anlagen im einzelnen beschrieben sind, andere mit gleichem Gefahrenpotential jedoch nicht, ist ein ungeeignetes Verfahren und kann dazu führen, daß potentielle Gefahrenquellen, die zu schweren Unfällen führen können, von den Rechtsvorschriften nicht erfaßt werden. Der Anwendungsbereich der Richtlinie 82/501/EWG muß daher in dem Sinne geändert werden, daß die Bestimmungen für alle Betriebe gelten, in denen gefährliche Stoffe in einer Menge vorhanden sind, die ausreicht, um die Gefahr eines schweren Unfalls zu begründen.
- (12) Die Mitgliedstaaten können unter Einhaltung des Vertrags und in Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft für die vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgenommenen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Beförderung in Hafenbecken, Kaianlagen und Verschiebehäfen geeignete Maßnahmen beibehalten oder erlassen, um einen Sicherheitsgrad zu gewährleisten, der dem in dieser Richtlinie festgelegten Sicherheitsgrad entspricht.
- (13) Bei der Beförderung gefährlicher Stoffe durch Rohrleitungen können ebenfalls größere Unfälle entstehen. Die Kommission sollte nach Erfassung und Aufarbeitung der Informationen über die in der Gemeinschaft vorhandenen Mechanismen zur Regelung dieser Tätigkeiten und das Vorkommen solcher Zwischenfälle eine Mitteilung ausarbeiten, in der die Lage und die geeignetsten Instrumente für etwaige diesbezügliche Eingriffe beschrieben werden.
- (14) Die Mitgliedstaaten können unter Einhaltung des Vertrags und in Übereinstimmung mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft Maßnahmen in bezug auf die vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie ausgenommenen Abfalldeponien beibehalten oder erlassen.
- (15) Eine Analyse der in der Gemeinschaft gemeldeten schweren Unfälle zeigt, daß in den meisten Fällen Management- bzw. organisatorische Mängel die Ursache waren. Es müssen deshalb auf Gemeinschaftsebene grundlegende Prinzipien für die Managementsysteme festgelegt werden, die geeignet sein müssen, den Gefahren schwerer Unfälle vorzubeugen und sie zu verringern und die Unfallfolgen zu begrenzen.
- (16) Unterschiede zwischen den Regelungen für die Inspektion der Betriebe durch die zuständigen Behörden können unterschiedliche Schutzgrade zur Folge haben. Die grundlegenden Anforderungen für die von den Mitgliedstaaten anzuwendenden Inspektionssysteme müssen auf Gemeinschaftsebene festgelegt werden.
- (17) Zum Nachweis dafür, daß die Betriebe, in denen gefährliche Stoffe in erheblichen Mengen vorhanden sind, alles Erforderliche unternommen haben, um schwere Unfälle zu verhüten, die gegebenenfalls von solchen Unfällen Betroffenen vorzubereiten und die in einem solchen Fall notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, muß der Betreiber der zuständigen Behörde Informationen in Form eines Sicherheitsberichts mit ausführlichen Angaben über den Betrieb, die vorhandenen gefährlichen Stoffe, die Anlagen oder Lager, die möglichen schweren Unfälle und die bestehenden Managementsysteme liefern, um der Gefahr schwerer Unfälle vorzubeugen bzw. sie zu verringern und damit die erforderlichen Schritte zur Schadensbegrenzung eingeleitet werden können.
- (18) Um die Gefahr von Domino-Effekten zu verringern, sind in dem Fall, in dem aufgrund des Standorts und der Nähe von Betrieben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle besteht oder diese Unfälle folgenschwerer sein können, ein geeigneter Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit im Hinblick auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit vorzusehen.
- (19) Um den Zugang zu umweltbezogenen Informationen zu fördern, muß die Öffentlichkeit in die von den Betreibern vorgelegten Sicherheitsberichte Einsicht nehmen können, und alle Personen, die von einem schweren Unfall betroffen sein könnten, müssen ausreichend darüber informiert werden, was in einem solchen Fall zu tun ist.
- (20) Zur Sicherung der Notfallbereitschaft für Betriebe, in denen gefährliche Stoffe in erheblichen Mengen vorhanden sind, müssen externe und interne Notfallpläne aufgestellt und ein System eingeführt werden, das sicherstellt, daß diese Pläne erprobt und erforderlichenfalls überarbeitet werden und daß sie zur Ausführung gebracht werden, sobald es zu einem schweren Unfall kommt oder damit gerechnet werden muß.
- (21) Zu den internen Notfallplänen eines Betriebs muß das Personal gehört werden, während zu den externen Notfallplänen die Öffentlichkeit gehört werden muß.
- (22) Damit Wohngebiete, öffentlich genutzte Gebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle bzw. besonders empfindliche Gebiete besser vor den Gefahren schwerer Unfälle geschützt werden können, müssen die Mitgliedstaaten in ihren Politiken hinsichtlich der Zuweisung oder Nutzung von Flächen und/oder anderen einschlägigen Politiken berücksichtigen, daß langfristig zwischen diesen Gebieten und gefährlichen Industrieansiedlungen ein angemessener Abstand gewahrt bleiben muß und daß bei bestehenden Betrieben ergänzende technische Maßnahmen vorgesehen werden, damit es zu keiner stärkeren Gefährdung der Bevölkerung kommt.

- (23) Um sicherzustellen, daß bei Eintreten eines schweren Unfalls angemessene Bekämpfungsmaßnahmen getroffen werden, hat der Betreiber unverzüglich die zuständigen Behörden zu unterrichten und die zur Beurteilung der Unfallfolgen notwendigen Informationen zu übermitteln.
- (24) Zwecks Einführung eines Informationsaustauschs und Verhütung künftiger ähnlicher Unfälle unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission von in ihrem Hoheitsgebiet eingetretenen schweren Unfällen, so daß die Kommission die Gefahren schwerer Unfälle analysieren und ein System zur Weitergabe von Informationen speziell über schwere Unfälle und die daraus zu gewinnenden Erkenntnisse einrichten kann. Dieser Informationsaustausch sollte sich auch auf „Beinaheunfälle“ erstrecken, die nach Ansicht der Mitgliedstaaten für die Verhütung schwerer Unfälle und die Begrenzung ihrer Folgen von Interesse sind —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

#### Artikel 1

##### Gegenstand der Richtlinie

Diese Richtlinie bezweckt die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und die Begrenzung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Gemeinschaft ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten.

#### Artikel 2

##### Anwendungsbereich

(1) Diese Richtlinie gilt für Betriebe, in denen gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 2 und Teil 2 Spalte 2 genannten Mengen entsprechen oder darüber liegen; eine Ausnahme bilden die Artikel 9, 11 und 13, die für alle Betriebe gelten, in denen gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die den in Anhang I Teil 1 Spalte 3 und Teil 2 Spalte 3 genannten Mengen entsprechen oder darüber liegen.

Im Sinne dieser Richtlinie bedeutet „Vorhandensein von gefährlichen Stoffen“ ihr tatsächliches oder vorgesehenes Vorhandensein im Betrieb oder das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen, soweit davon auszugehen ist, daß sie bei einem außer Kontrolle geratenen industriellen chemischen Verfahren anfallen, und zwar in Mengen, die den in Anhang I Teile 1 und 2 genannten Mengenschwellen entsprechen oder darüber liegen.

(2) Diese Richtlinie gilt unbeschadet bestehender Gemeinschaftsvorschriften für die Arbeitsumwelt, insbesondere der Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit<sup>(1)</sup>.

#### Artikel 3

##### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

1. „Betrieb“ den gesamten unter der Aufsicht eines Betreibers stehenden Bereich, in dem gefährliche Stoffe in einer oder in mehreren Anlagen, einschließlich gemeinsamer oder verbundener Infrastrukturen und Tätigkeiten vorhanden sind;
2. „Anlage“ eine technische Einheit innerhalb eines Betriebs, in der gefährliche Stoffe hergestellt, verwendet, gehandhabt oder gelagert werden. Sie umfaßt alle Einrichtungen, Bauwerke, Rohrleitungen, Maschinen, Werkzeuge, Privatgleisanschlüsse, Hafenbecken, Umschlageneinrichtungen, Anlegebrücken, Lager oder ähnliche, auch schwimmende Konstruktionen, die für den Betrieb der Anlage erforderlich sind;
3. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die den Betrieb oder die Anlage betreibt oder besitzt oder, wenn dies in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, der maßgebliche wirtschaftliche Verfügungsgewalt hinsichtlich des technischen Betriebs übertragen worden ist;
4. „gefährliche Stoffe“ Stoffe, Gemische oder Zubereitungen, die in Anhang I Teil 1 aufgeführt sind oder die die in Anhang I Teil 2 festgelegten Kriterien erfüllen und als Rohstoff, Endprodukt, Nebenprodukt, Rückstand oder Zwischenprodukt vorhanden sind, einschließlich derjenigen, bei denen vernünftigerweise davon auszugehen ist, daß sie bei einem Unfall anfallen;
5. „schwerer Unfall“ ein Ereignis — z. B. eine Emission, einen Brand oder eine Explosion größeren Ausmaßes —, das sich aus unkontrollierten Vorgängen in einem unter diese Richtlinie fallenden Betrieb ergibt, das unmittelbar oder später innerhalb oder außerhalb des Betriebs zu einer ernsten Gefahr für die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt führt und bei dem ein oder mehrere gefährliche Stoffe beteiligt sind;
6. „Gefahr“ das Wesen eines gefährlichen Stoffes oder einer konkreten Situation, das darin besteht, der menschlichen Gesundheit und/oder der Umwelt Schaden zufügen zu können;
7. „Risiko“ die Wahrscheinlichkeit, daß innerhalb einer bestimmten Zeitspanne oder unter bestimmten Umständen eine bestimmte Wirkung eintritt;
8. „Lagerung“ das Vorhandensein einer Menge gefährlicher Stoffe zum Zweck der Einlagerung, der Hinterlegung zur sicheren Aufbewahrung oder der Lagerhaltung.

#### Artikel 4

##### Ausnahmen

Diese Richtlinie gilt nicht für

- a) militärische Einrichtungen, Anlagen oder Lager;
- b) durch ionisierende Strahlung entstehende Gefahren;

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 183 vom 29. 6. 1989, S. 1.



- c) die Beförderung gefährlicher Stoffe und deren zeitlich begrenzte Zwischenlagerung auf der Straße, der Schiene, den Binnenwasserstraßen, dem See- oder Luftweg außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe, einschließlich des Be- und Entladens sowie des Umladens von einem Verkehrsträger auf einen anderen Verkehrsträger in Hafenbecken, Kaianlagen oder Verschiebebahnhöfen;
- d) die Beförderung gefährlicher Stoffe in Rohrleitungen, einschließlich der Pumpstationen, außerhalb der unter diese Richtlinie fallenden Betriebe;
- e) die Tätigkeiten der mineralgewinnenden Industrie im Bereich des Aufsuchens und Gewinnens von Mineralien im Bergbau, in Steinbrüchen und durch Bohrung;
- f) Abfalldeponien.
- e) Menge und physikalische Form des gefährlichen Stoffs/der gefährlichen Stoffe;
- f) Tätigkeit oder beabsichtigte Tätigkeit in der Anlage oder dem Lager;
- g) unmittelbare Umgebung des Betriebs (Faktoren, die einen schweren Unfall auslösen oder dessen Folgen verschlimmern können).
- (3) Für bestehende Betriebe, für die der Betreiber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie aufgrund einzelstaatlicher Vorschriften der zuständigen Behörde bereits alle Informationen nach Absatz 2 mitgeteilt hat, ist die Mitteilung nach Absatz 1 nicht erforderlich.
- (4) Im Fall

- einer wesentlichen Vergrößerung der in der Mitteilung des Betreibers gemäß Absatz 2 angegebenen Menge und einer wesentlichen Änderung der Beschaffenheit oder der physikalischen Form des vorhandenen gefährlichen Stoffes gegenüber den Angaben in der genannten Mitteilung oder einer Änderung der Verfahren, bei denen dieser Stoff eingesetzt wird, oder
- einer endgültigen Schließung der Anlage

unterrichtet der Betreiber unverzüglich die zuständige Behörde über die Änderung.

#### Artikel 5

##### Allgemeine Betreiberpflichten

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber verpflichtet ist, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwere Unfälle zu verhüten und deren Folgen für Mensch und Umwelt zu begrenzen.
- (2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber verpflichtet ist, der zuständigen Behörde im Sinne von Artikel 16, nachstehend „zuständige Behörde“ genannt, jederzeit insbesondere im Hinblick auf die Inspektionen und Kontrollen gemäß Artikel 18 nachzuweisen, daß er alle erforderlichen Maßnahmen im Sinne dieser Richtlinie getroffen hat.

#### Artikel 6

##### Mitteilung

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber verpflichtet ist, der zuständigen Behörde innerhalb folgender Fristen eine schriftliche Mitteilung zu übermitteln:
- bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme;
  - bei bestehenden Betrieben innerhalb eines Jahres ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt.
- (2) Die Mitteilung gemäß Absatz 1 enthält folgende Angaben:
- a) Name oder Firma des Betreibers sowie vollständige Anschrift des betreffenden Betriebs;
- b) eingetragener Firmensitz und vollständige Anschrift des Betreibers;
- c) Name oder Funktion der für den Betrieb verantwortlichen Person, falls von der unter Buchstabe a) genannten Person abweichend;
- d) ausreichende Angaben zur Identifizierung der gefährlichen Stoffe oder der Kategorie gefährlicher Stoffe;

#### Artikel 7

##### Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber verpflichtet ist, eine Unterlage zur Verhütung schwerer Unfälle auszuarbeiten und dessen ordnungsgemäße Umsetzung sicherzustellen. Mit dem vom Betreiber vorgesehenen Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle soll durch geeignete Mittel, Organisation und Managementsysteme ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt sichergestellt werden.
- (2) Die Unterlage muß die in Anhang III genannten Grundsätze berücksichtigen und für die zuständigen Behörden, insbesondere im Hinblick auf die Anwendung von Artikel 5 Absatz 2 und von Artikel 18, verfügbar gehalten werden.
- (3) Dieser Artikel gilt nicht für Betriebe nach Artikel 9.

#### Artikel 8

##### Domino-Effekt

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die zuständige Behörde unter Verwendung der von dem Betreiber gemäß den Artikeln 6 und 9 übermittelten Angaben festlegt, bei welchen Betrieben oder Gruppen von Betrieben aufgrund ihres Standorts und ihrer Nähe sowie ihrer Verzeichnisse gefährlicher Stoffe eine erhöhte Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit schwerer Unfälle bestehen kann oder diese Unfälle folgenschwerer sein können.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, daß hinsichtlich der so ermittelten Betriebe

- a) ein geeigneter Austausch der sachdienlichen Informationen stattfindet, damit diese Betriebe in ihrem Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle, in ihren Sicherheitsmanagementsystemen, in ihren Sicherheitsberichten und ihren internen Notfallplänen der Art und dem Ausmaß der allgemeinen Gefahr eines schweren Unfalls Rechnung tragen können;
- b) eine Zusammenarbeit betreffend die Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie die Übermittlung von Angaben an die zuständige Behörde im Hinblick auf die Erstellung der externen Notfallpläne vorgesehen wird.

### Artikel 9

#### Sicherheitsbericht

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber verpflichtet ist, einen Sicherheitsbericht zu erstellen, in dem

- a) dargelegt wird, daß ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle umgesetzt wurde und ein Sicherheitsmanagement zu seiner Anwendung gemäß den Elementen des Anhangs III vorhanden ist;
- b) dargelegt wird, daß die Gefahren schwerer Unfälle ermittelt und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Unfälle und Begrenzung der Folgen für Mensch und Umwelt ergriffen wurden;
- c) dargelegt wird, daß die Auslegung, die Errichtung sowie der Betrieb und die Wartung sämtlicher Anlagen, Lager, Einrichtungen und die für ihr Funktionieren erforderlichen Infrastrukturen, die im Zusammenhang mit der Gefahr schwerer Unfälle im Betrieb stehen, ausreichend sicher und zuverlässig sind;
- d) dargelegt wird, daß interne Notfallpläne vorliegen, und die Angaben zur Erstellung des externen Notfallplans erbracht werden, damit bei einem schweren Unfall die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden können;
- e) ausreichende Informationen bereitgestellt werden, damit die zuständigen Behörden Entscheidungen über die Ansiedlung neuer Tätigkeiten oder Entwicklungen in der Nachbarschaft bestehender Betriebe treffen können.

(2) Der Sicherheitsbericht enthält mindestens die in Anhang II aufgeführten Angaben und Informationen. Er enthält ferner ein aktuelles Verzeichnis der in dem Betrieb vorhandenen gefährlichen Stoffe.

Zur Vermeidung unnötiger Doppelinformation bzw. Doppelarbeit des Betreibers oder der zuständigen Behörde können mehrere Berichte bzw. Teile von Berichten oder andere aufgrund anderer Rechtsvorschriften vorzulegende gleichwertige Berichte zu einem einzigen Sicherheitsbericht im Sinne dieses Artikels zusammengefaßt werden,

sofern alle Anforderungen dieses Artikels beachtet werden.

(3) Der Sicherheitsbericht nach Absatz 1 wird der zuständige Behörde innerhalb folgender Fristen übermittelt:

- bei neuen Betrieben innerhalb einer angemessenen Frist vor Beginn des Baus oder der Inbetriebnahme;
- bei bestehenden, bisher nicht unter die Richtlinie 82/501/EWG fallenden Betrieben innerhalb von drei Jahren ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;
- bei sonstigen Betrieben innerhalb von zwei Jahren nach dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;
- unverzüglich bei den in Absatz 5 vorgeschriebenen regelmäßigen Überprüfungen.

(4) Vor Beginn der Errichtung oder vor Inbetriebnahme der Anlagen durch den Betreiber oder in den in Absatz 3 zweiter, dritter und vierter Gedankenstrich genannten Fällen hat die zuständige Behörde innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang des Berichts

- dem Betreiber die Ergebnisse ihrer Prüfung des Sicherheitsberichts, gegebenenfalls nach Anforderung zusätzlicher Informationen, mitzuteilen oder
- gemäß den in Artikel 17 vorgesehenen Befugnissen und Verfahren die Inbetriebnahme oder die Weiterführung des betreffenden Betriebs zu untersagen.

(5) Der Sicherheitsbericht ist wie folgt regelmäßig zu überprüfen und erforderlichenfalls zu aktualisieren:

- mindestens alle fünf Jahre;
- zu jedem anderen Zeitpunkt auf Veranlassung des Betreibers oder Aufforderung der zuständigen Behörde, wenn neue Tatbestände dies rechtfertigen oder um den neuen sicherheitstechnischen Kenntnisstand — beispielsweise aufgrund der Analyse von Unfällen oder nach Möglichkeit auch von „Beinaheunfällen“ — sowie aktuelle Erkenntnisse zur Beurteilung der Gefahren zu berücksichtigen.

(6) a) Wird der zuständigen Behörde glaubhaft nachgewiesen, daß von bestimmten im Betrieb vorhandenen Stoffen oder von irgendeinem Teil des Betriebs selbst keine Gefahr eines schweren Unfalls ausgehen kann, so kann der Mitgliedstaat nach den Kriterien gemäß Buchstabe b) die in den Sicherheitsberichten vorgeschriebenen Informationen auf die Aspekte beschränken, die für die Abwehr der noch verbleibenden Gefahren schwerer Unfälle und für die Begrenzung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt relevant sind.

b) Die Kommission erstellt vor der Anwendung dieser Richtlinie nach dem in Artikel 16 der Richtlinie 82/501/EWG vorgesehenen Verfahren harmonisierte Kriterien für die Entscheidung der zuständigen Behörde darüber, daß von einem Betrieb keine Gefahr eines schweren Unfalls im Sinne des Buchstaben a) ausgehen kann. Buchstabe a) gilt erst nach der Festlegung dieser Kriterien.

- c) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die zuständige Behörde der Kommission ein mit Gründen versehenes Verzeichnis der entsprechenden Betriebe übermittelt. Die Kommission übermittelt diese Verzeichnisse jährlich dem in Artikel 22 genannten Ausschuß.

#### Artikel 10

##### Änderung einer Anlage, eines Betriebs oder eines Lagers

Bei einer Änderung einer Anlage, eines Betriebs, eines Lagers, eines Verfahrens oder der Art und der Mengen der gefährlichen Stoffe, aus der sich erhebliche Auswirkungen auf die Gefahren im Zusammenhang mit schweren Unfällen ergeben könnten, sorgen die Mitgliedstaaten dafür, daß der Betreiber

- das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle, die Managementsysteme und die Verfahren hinsichtlich der Artikel 7 und 9 überprüft und erforderlichenfalls ändert;
- den Sicherheitsbericht überprüft und erforderlichenfalls ändert und die in Artikel 16 genannte zuständige Behörde im einzelnen vor Durchführung dieser Änderung unterrichtet.

#### Artikel 11

##### Notfallpläne

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß für alle unter Artikel 9 fallenden Betriebe

- a) durch den Betreiber ein interner Notfallplan für Maßnahmen innerhalb des Betriebs erstellt wird, und zwar
- bei neuen Betrieben vor der Inbetriebnahme;
  - bei bestehenden, bisher nicht unter die Richtlinie 82/501/EWG fallenden Betrieben innerhalb von drei Jahren ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;
  - bei sonstigen Betrieben innerhalb von zwei Jahren ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;
- b) die zuständigen Behörden von dem Betreiber die für die Erstellung externer Notfallpläne erforderlichen Informationen innerhalb der nachstehenden Fristen erhalten:
- bei neuen Betrieben vor der Inbetriebnahme;
  - bei bestehenden, bisher nicht unter die Richtlinie 82/501/EWG fallenden Betrieben, innerhalb von drei Jahren ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;
  - bei sonstigen Betrieben innerhalb von zwei Jahren ab dem in Artikel 24 Absatz 1 genannten Zeitpunkt;

- c) die von dem Mitgliedstaat hierzu benannten Behörden einen externen Notfallplan für Maßnahmen außerhalb des Betriebs erstellen.

(2) Notfallpläne müssen erstellt werden, um

- Schadensfälle einzudämmen und unter Kontrolle zu bringen, so daß die Folgen möglichst gering gehalten und Schäden für Mensch, Umwelt und Sachen begrenzt werden können;
- Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vor den Folgen schwerer Unfälle einzuleiten;
- notwendige Informationen an die Öffentlichkeit sowie betroffene Behörden oder Dienststellen in dem betreffenden Gebiet weiterzugeben;
- Aufräumarbeiten und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Umwelt nach einem schweren Unfall einzuleiten.

Die Notfallpläne enthalten die in Anhang IV genannten Informationen.

(3) Unbeschadet der Verpflichtungen der zuständigen Behörden sorgen die Mitgliedstaaten dafür, daß die in dieser Richtlinie vorgesehenen internen Notfallpläne unter Beteiligung der Beschäftigten des Betriebs erstellt werden und die Öffentlichkeit zu den externen Notfallplänen gehört wird.

(4) Die Mitgliedstaaten führen ein System ein, das sicherstellt, daß die internen und externen Notfallpläne in angemessenen Abständen von höchstens drei Jahren durch die Betreiber und die bezeichneten Behörden überprüft, erprobt und erforderlichenfalls überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht werden. Bei dieser Überprüfung werden Veränderungen in den betreffenden Betrieben und den betreffenden Notdiensten, neue technische Erkenntnisse und Erkenntnisse darüber, wie bei schweren Unfällen zu handeln ist, berücksichtigt.

(5) Die Mitgliedstaaten führen ein System ein, das sicherstellt, daß die Notfallpläne von dem Betreiber und, falls erforderlich, von der hierzu bezeichneten zuständigen Behörde unverzüglich angewendet werden, sobald

- es zu einem schweren Unfall kommt oder
- es zu einem unkontrollierten Ereignis kommt, bei dem aufgrund seiner Art vernünftigerweise zu erwarten ist, daß es zu einem schweren Unfall führt.

(6) Die zuständige Behörde kann aufgrund der Informationen in dem Sicherheitsbericht entscheiden, daß sich die Erstellung eines externen Notfallplans nach Absatz 1 erübrigt; die Entscheidung ist zu begründen.

#### Artikel 12

##### Überwachung der Ansiedlung

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß in ihren Politiken der Flächenausweisung oder Flächennutzung und/oder anderen einschlägigen Politiken das Ziel, schwere Unfälle zu verhüten und ihre Folgen zu begrenzen, Berücksichtigung findet. Dazu überwachen sie

- a) die Ansiedlung neuer Betriebe,
- b) Änderungen bestehender Betriebe im Sinne des Artikels 10,
- c) neue Entwicklungen in der Nachbarschaft bestehender Betriebe wie beispielsweise Verkehrswege, Örtlichkeiten mit Publikumsverkehr, Wohngebiete, wenn diese Ansiedlungen oder Maßnahmen das Risiko eines schweren Unfalls vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls verschlimmern können.

Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß in ihrer Politik der Flächenausweisung oder Flächennutzung und/oder andere einschlägigen Politiken sowie den Verfahren für die Durchführung dieser Politiken langfristig dem Erfordernis Rechnung getragen wird, daß zwischen den unter diese Richtlinie fallenden Betrieben einerseits und Wohngebieten, öffentlich genutzten Gebieten und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvollen bzw. besonders empfindlichen Gebieten andererseits ein angemessener Abstand gewahrt bleibt und daß bei bestehenden Betrieben zusätzliche technische Maßnahmen nach Artikel 5 ergriffen werden, damit es zu keiner Zunahme der Gefährdung der Bevölkerung kommt.

- (2) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, daß alle zuständigen Behörden und alle für Entscheidungen in diesem Bereich zuständigen Dienststellen geeignete Konsultationsverfahren einrichten, um die Umsetzung dieser Politiken nach Absatz 1 zu erleichtern. Die Verfahren haben zu gewährleisten, daß bei diesbezüglichen Entscheidungen unter Berücksichtigung des Einzelfalls oder nach allgemeinen Kriterien auf fachliche Beratung über die von dem Betrieb ausgehenden Risiken zurückgegriffen werden kann.

### Artikel 13

#### Informationen über die Sicherheitsmaßnahmen

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß Informationen über die Sicherheitsmaßnahmen und das richtige Verhalten im Fall eines Unfalls den Personen, die von einem schweren Unfall in einem unter Artikel 9 fallenden Betrieb betroffen werden könnten, ohne Aufforderung mitgeteilt werden.

Diese Informationen werden alle drei Jahre überprüft und erforderlichenfalls — zumindest bei Änderungen im Sinne von Artikel 10 — erneuert und aktualisiert. Sie werden darüber hinaus der Öffentlichkeit ständig zugänglich gemacht. Die Zeit zwischen der Erneuerung der der Unterrichtung der Öffentlichkeit zugrundeliegenden Informationen darf in keinem Fall fünf Jahre überschreiten.

Die Informationen enthalten zumindest die in Anhang V bezeichneten Angaben.

- (2) Die Mitgliedstaaten machen den übrigen Mitgliedstaaten, die von den grenzüberschreitenden Wirkungen

eines schweren Unfalls in einem Betrieb im Sinne von Artikel 9 betroffen werden könnten, ausreichende Informationen zugänglich, damit der betroffene Mitgliedstaat gegebenenfalls alle einschlägigen Bestimmungen der Artikel 11 und 12 sowie des vorliegenden Artikels anwenden kann.

- (3) Hat der betreffende Mitgliedstaat in einer Entscheidung festgestellt, daß von einem nahe am Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats gelegenen Betrieb außerhalb des Betriebsgeländes keine Gefahr eines schweren Unfalls im Sinne von Artikel 11 Absatz 6 ausgehen kann und folglich die Erstellung eines externen Notfallplans im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 nicht erforderlich ist, so setzt er den anderen Mitgliedstaat davon in Kenntnis.

- (4) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Sicherheitsbericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Der Betreiber kann von der zuständigen Behörde verlangen, bestimmte Teile des Berichts aus Gründen des Industrie- und Geschäftsgeheimnisses und des Schutzes der Privatsphäre, der öffentlichen Sicherheit oder der Landesverteidigung nicht offenzulegen. Nach Einwilligung der zuständigen Behörde legt der Betreiber in solchen Fällen der Behörde einen geänderten Bericht vor, in dem diese Teile ausgeklammert sind, und unterbreitet diesen der Öffentlichkeit.

- (5) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die Öffentlichkeit in folgenden Fällen Stellung nehmen kann:

- Planungen der Ansiedlung neuer unter Artikel 9 fallender Betriebe,
- Änderung bestehender Betriebe im Sinne von Artikel 10, soweit diese von Bedeutung in bezug auf die in dieser Richtlinie vorgesehenen Anforderungen zur Flächennutzung sind,
- Erschließungsmaßnahmen in der Umgebung bestehender Betriebe.

- (6) Bei unter Artikel 9 fallenden Betrieben sorgen die Mitgliedstaaten dafür, daß das Verzeichnis der gefährlichen Stoffe nach Artikel 9 Absatz 2 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

### Artikel 14

#### Vom Betreiber nach einem schweren Unfall zu erbringende Informationen

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß der Betreiber so bald wie möglich nach einem schweren Unfall in der am besten geeigneten Weise

- a) die zuständige Behörde unterrichtet;
- b) der zuständigen Behörden nachstehende Informationen mitteilt, sobald sie ihm bekannt sind:
  - die Umstände des Unfalls,
  - die beteiligten gefährlichen Stoffe,
  - die zur Beurteilung der Unfallfolgen für Mensch und Umwelt verfügbaren Daten,
  - die eingeleiteten Sofortmaßnahmen;

- c) die zuständige Behörde über die Schritte unterrichtet, die vorgesehen sind,
- um die mittel- und langfristigen Unfallfolgen abzumildern,
  - um eine Wiederholung eines solchen Unfalls zu vermeiden;
- d) die Informationen aktualisiert, wenn sich bei einer eingehenderen Untersuchung zusätzliche Fakten ergeben, die eine Änderung dieser Informationen oder der daraus gezogenen Folgerungen erfordern.
- (2) Die Mitgliedstaaten beauftragen die zuständige Behörde,
- a) sicherzustellen, daß alle notwendigen Sofortmaßnahmen sowie alle notwendigen mittel- und langfristigen Maßnahmen ergriffen werden;
  - b) durch Inspektionen, Untersuchungen oder andere geeignete Mittel die für eine vollständige Analyse der technischen, organisatorischen und managementspezifischen Gesichtspunkte des schweren Unfalls erforderlichen Informationen einzuholen;
  - c) geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß der Betreiber alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen trifft;
  - d) Empfehlungen zu künftigen Verhütungsmaßnahmen abzugeben.

#### Artikel 15

##### Unterrichtung der Kommission durch die Mitgliedstaaten

- (1) Zur Verhütung schwerer Unfälle und zur Begrenzung der Unfallfolgen unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission so bald wie möglich über die in ihrem Hoheitsgebiet eingetretenen schweren Unfälle, die den Kriterien des Anhangs VI entsprechen. Sie teilen ihr folgende Einzelheiten mit:
- a) Mitgliedstaat sowie Name und Anschrift der berichtenden Behörde;
  - b) Datum, Uhrzeit und Ort des schweren Unfalls sowie den vollständigen Namen des Betreibers und die Anschrift des betreffenden Betriebs;
  - c) Kurzbeschreibung der Umstände des Unfalls sowie Angabe der beteiligten gefährlichen Stoffe und der unmittelbaren Folgen für Mensch und Umwelt;
  - d) Kurzbeschreibung der getroffenen Sofortmaßnahmen und der zur Vermeidung einer Wiederholung eines solchen Unfalls unmittelbar notwendigen Sicherheitsvorkehrungen.
- (2) Sobald die Informationen gemäß Artikel 14 eingeholt sind, unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über das Ergebnis ihrer Analyse und über ihre Empfehlungen, wobei ein von der Kommission nach dem Verfahren des Artikels 22 erstellter und regelmäßig überprüfter Meldevordruck zu verwenden ist.

Die Übermittlung dieser Informationen durch die Mitgliedstaaten darf nur zurückgestellt werden, um den Abschluß gerichtlicher Verfahren zu ermöglichen, die

durch eine solche Informationsübermittlung beeinträchtigt werden könnten.

- (3) Die Mitgliedstaaten geben der Kommission Name und Anschrift der Stellen bekannt, die gegebenenfalls Informationen über schwere Unfälle besitzen und die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten bei solchen Unfällen beraten können.

#### Artikel 16

##### Zuständige Behörde

Die Mitgliedstaaten errichten oder benennen die zuständigen Behörde(n), die unbeschadet der Verantwortlichkeiten des Betreibers die in dieser Richtlinie festgelegten Aufgaben durchführt (durchführen), sowie gegebenenfalls die mit der technischen Unterstützung der zuständigen Behörde(n) betrauten Stellen.

#### Artikel 17

##### Verbot der Weiterführung

- (1) Die Mitgliedstaaten untersagen die Weiterführung oder Inbetriebnahme eines Betriebs, einer Anlage oder eines Lagers oder von Teilen davon, wenn die von dem Betreiber getroffenen Maßnahmen zur Verhütung schwerer Unfälle und der Begrenzung der Unfallfolgen eindeutig unzureichend sind.

Die Mitgliedstaaten können die Weiterführung oder Inbetriebnahme eines Betriebs, einer Anlage oder eines Lagers oder von Teilen davon untersagen, wenn der Betreiber die nach dieser Richtlinie erforderlichen Mitteilungen, Berichte oder sonstigen Informationen nicht fristgerecht übermittelt hat.

- (2) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die Betreiber gegen die Untersagungsverfügung einer zuständigen Behörde nach Absatz 1 bei einer geeigneten Stelle Rechtsmittel gemäß einzelstaatlichem Recht und Verfahren einlegen können.

#### Artikel 18

##### Inspektion

- (1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die zuständigen Behörden ein der Art des betreffenden Betriebs angemessenes System von Inspektionen oder sonstigen Kontrollmaßnahmen einrichten. Diese Inspektionen oder Kontrollmaßnahmen sind unabhängig vom Erhalt des Sicherheitsberichts oder anderer Berichte. Die Inspektionen oder sonstigen Kontrollmaßnahmen haben eine planmäßige und systematische Prüfung der betriebstechnischen, organisatorischen und managementspezifischen Systeme des Betriebs zu ermöglichen, mit der sich die zuständige Behörde insbesondere vergewissert,

— daß der Betreiber nachweisen kann, daß er im Zusammenhang mit den verschiedenen betriebsspezifischen Tätigkeiten die zur Verhütung schwerer Unfälle erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat,

- daß der Betreiber nachweisen kann, daß er angemessene Mittel zur Begrenzung der Folgen schwerer Unfälle innerhalb und außerhalb des Betriebsgeländes vorgesehen hat,
- daß die mit dem Sicherheitsbericht oder mit anderen Berichten erhaltenen Angaben und Informationen den Gegebenheiten in dem Betrieb genau entsprechen,
- daß die Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind.

(2) Das in Absatz 1 genannte Inspektionssystem muß folgende Anforderungen erfüllen:

- a) Für alle Betriebe muß ein Inspektionsprogramm erstellt werden. Jeder unter Artikel 9 fallende Betrieb wird nach dem Programm zumindest alle 12 Monate einer Vor-Ort-Inspektion durch die zuständige Behörde unterzogen, es sei denn, die zuständige Behörde hat ein Inspektionsprogramm aufgrund einer systematischen Bewertung der Gefahren schwerer Unfälle des jeweiligen Betriebs erstellt;
- b) nach jeder Inspektion erstellt die zuständige Behörde einen Bericht;
- c) gegebenenfalls werden die Folgemaßnahmen jeder von der zuständigen Behörde durchgeführten Inspektion binnen angemessener Frist nach der Inspektion zusammen mit der Betriebsleitung überprüft.

(3) Die zuständige Behörde kann von dem Betreiber verlangen, alle zusätzlichen Informationen zu liefern, die notwendig sind, damit die Behörde die Möglichkeit des Eintritts eines schweren Unfalls in voller Sachkenntnis beurteilen und die mögliche erhöhte Wahrscheinlichkeit und/oder die mögliche Vergrößerung der Folgen schwerer Unfälle ermitteln, einen externen Notfallplan erstellen und Stoffe, die aufgrund ihrer physikalischen Form, ihrer besonderen Merkmale oder ihres Standorts zusätzliche Vorkehrungen erfordern, berücksichtigen kann.

#### Artikel 19

##### Informationsaustausch und Informationssystem

(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission tauschen Informationen über die bei der Verhütung schwerer Unfälle und der Begrenzung ihrer Folgen gesammelten Erfahrungen aus. Diese Informationen beziehen sich insbesondere auf die Wirkungsweise der in dieser Richtlinie vorgesehenen Bestimmungen.

(2) Die Kommission errichtet ein den Mitgliedstaaten zur Verfügung gehaltenes Registrier- und Informationssystem, das insbesondere ausführliche Angaben über die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten eingetretenen schweren Unfälle enthält, mit dem Ziel

- a) einer raschen Übermittlung der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15 Absatz 1 gelieferten Informationen an sämtliche zuständigen Behörden;
- b) der Weitergabe der Analysen der Unfallursachen und der daraus gewonnenen Erkenntnisse an die zuständigen Behörden;

- c) einer Unterrichtung der zuständigen Behörden über getroffene Verhütungsmaßnahmen;
- d) der Bereitstellung von Informationen über Stellen, die hinsichtlich des Auftretens und der Verhütung von schweren Unfällen sowie der Begrenzung von Unfallfolgen informieren und beraten können.

Das Registrier- und Informationssystem enthält mindestens folgende Angaben:

- a) die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15 Absatz 1 gelieferten Informationen;
- b) eine Analyse der Unfallursachen;
- c) die aus den Unfällen gewonnenen Erkenntnisse;
- d) die zur Verhütung der Wiederholung eines solchen Unfalls erforderlichen vorbeugenden Maßnahmen.

(3) Der Zugang zu dem Registrier- und Informationssystem steht unbeschadet des Artikels 20 allen Regierungsstellen der Mitgliedstaaten, Industrie- und Handelsverbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Umweltschutzes und sonstigen im Umweltschutz tätigen internationalen Organisationen oder Forschungseinrichtungen offen.

(4) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle drei Jahre entsprechend dem Verfahren der Richtlinie 91/692/EWG des Rates vom 23. Dezember 1991 zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte über die Durchführung bestimmter Umweltschutzrichtlinien<sup>(1)</sup> einen Bericht über die unter die Artikel 6 und 9 fallenden Betriebe. Die Kommission veröffentlicht alle drei Jahre eine Zusammenfassung dieser Informationen.

#### Artikel 20

##### Vertraulichkeit

(1) Die Mitgliedstaaten veranlassen, daß die zuständigen Behörden im Interesse der Transparenz die gemäß dieser Richtlinie eingegangenen Informationen jeder natürlichen oder juristischen Person auf Antrag zur Verfügung stellen müssen.

Die bei den zuständigen Behörden und der Kommission eingegangenen Informationen dürfen, sofern die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften dies vorsehen, vertraulich behandelt werden, sofern sie folgendes berühren:

- die Vertraulichkeit der Beratungen der zuständigen Behörden und der Kommission;
- die Vertraulichkeit der internationalen Beziehungen und der Landesverteidigung;
- die öffentliche Sicherheit;

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 48.

- das Untersuchungsgeheimnis oder die Vertraulichkeit eines laufenden Gerichtsverfahrens;
- Geschäfts- und Industriegeheimnisse einschließlich Fragen des geistigen Eigentums;
- die Vertraulichkeit von Daten und/oder Akten, die das Privatleben betreffen;
- von einem Dritten erbrachte Daten, falls dieser deren vertrauliche Behandlung verlangt.

(2) Diese Richtlinie hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, mit dritten Staaten Abkommen über den Austausch der ihnen intern vorliegenden Informationen zu schließen.

#### Artikel 21

##### Aufgaben des Ausschusses

Bei der Anpassung der Kriterien gemäß Artikel 9 Absatz 6 Buchstabe b) und der Anhänge II bis VI an den technischen Fortschritt sowie bei der Erstellung des in Artikel 15 Absatz 2 genannten Meldevordrucks findet das Verfahren des Artikels 22 Anwendung.

#### Artikel 22

##### Ausschuß

Die Kommission wird von einem Ausschuß unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

Der Vertreter der Kommission unterbreitet dem Ausschuß einen Entwurf der zu treffenden Maßnahmen. Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu diesem Entwurf innerhalb einer Frist ab, die der Vorsitzende unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der betreffenden Frage festsetzen kann. Die Stellungnahme wird mit der Mehrheit abgegeben, die in Artikel 148 Absatz 2 des Vertrags für die Annahme der vom Rat auf Vorschlag der Kommission zu fassenden Beschlüsse vorgesehen ist. Bei der Abstimmung im Ausschuß werden die Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten gemäß dem vorgenannten Artikel gewogen. Der Vorsitzende nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Die Kommission erläßt die beabsichtigten Maßnahmen, wenn sie mit der Stellungnahme des Ausschusses übereinstimmen.

Stimmen die beabsichtigten Maßnahmen mit der Stellungnahme des Ausschusses nicht überein oder liegt keine Stellungnahme vor, so unterbreitet die Kommission dem Rat unverzüglich einen Vorschlag für die zu treffenden Maßnahmen. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit.

Hat der Rat nach Ablauf einer Frist von drei Monaten, nachdem ihm der Vorschlag übermittelt worden ist,

keinen Beschluß gefaßt, so werden die vorgeschlagenen Maßnahmen von der Kommission erlassen.

#### Artikel 23

##### Aufhebung der Richtlinie 82/501/EWG

(1) Die Richtlinie 82/501/EWG wird 24 Monate nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Richtlinie aufgehoben.

(2) Die Bestimmungen über die Mitteilungen, Notfallpläne und Informationen der Öffentlichkeit, die nach der Richtlinie 82/501/EWG vorzulegen oder zu erstellen sind, gelten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Bestimmungen durch die entsprechenden Bestimmungen der vorliegenden Richtlinie ersetzt werden.

#### Artikel 24

##### Beginn der Anwendung

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens 24 Monate nach ihrem Inkrafttreten nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

#### Artikel 25

##### Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

#### Artikel 26

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 9. Dezember 1996.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

B. HOWLIN

## Verzeichnis der Anhänge

	<i>Seite</i>
<i>Anhang I</i> — Anwendbarkeit der Richtlinie .....	24
<i>Anhang II</i> — In dem Sicherheitsbericht nach Artikel 9 zu berücksichtigende Mindestangaben und Mindestinformationen .....	29
<i>Anhang III</i> — Grundsätze nach Artikel 7 und Informationen nach Artikel 9 betreffend das Managementsystem und die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle .....	30
<i>Anhang IV</i> — In die Notfallpläne nach Artikel 11 aufzunehmende Angaben und Informationen .....	31
<i>Anhang V</i> — Einzelheiten, die der Öffentlichkeit nach Artikel 13 Absatz 1 mitzuteilen sind .....	32
<i>Anhang VI</i> — Kriterien für die in Artikel 15 Absatz 1 vorgesehene Unterrichtung der Kommission über einen Unfall .....	33



## ANHANG I

## ANWENDBARKEIT DER RICHTLINIE

## EINLEITUNG

1. Dieser Anhang betrifft das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen in Betrieben im Sinne des Artikels 3 dieser Richtlinie und bestimmt die Anwendung der einschlägigen Artikel.
2. Gemische und Zubereitungen werden in der gleichen Weise behandelt wie reine Stoffe, sofern sie die Höchstkonzentrationen nicht überschreiten, die entsprechend ihren Eigenschaften in den in Teil 2 Anmerkung 1 aufgeführten einschlägigen Richtlinien oder deren letzte Anpassungen an den technischen Fortschritt festgelegt sind, es sei, denn daß, daß eigens eine prozentuale Zusammensetzung oder eine andere Beschreibung angegeben ist.
3. Die nachstehend angegebenen Mengenschwellen gelten je Betrieb.
4. Die für die Anwendung der einschlägigen Artikel zu berücksichtigenden Mengen sind die Höchstmengen, die zu irgendeinem Zeitpunkt vorhanden sind oder vorhanden sein können. Gefährliche Stoffe, die in einem Betrieb nur in einer Menge von höchstens 2 % der relevanten Grenzmenge vorhanden sind, bleiben bei der Berechnung der vorhandenen Gesamtmenge unberücksichtigt, wenn sie sich innerhalb eines Betriebs an einem Ort befinden, an dem sie nicht als Auslöser ein es schweren Unfalls an einem anderen Ort des Betriebs wirken können.
5. Soweit zutreffend, gelten die Regeln in Teil 2 Anmerkung 4 für das Addieren von Mengen gefährlicher Stoffe oder von Kategorien gefährlicher Stoffe.

## TEIL 1

## Namentlich aufgeführte Stoffe

Fällt ein in Teil 1 aufgeführter Stoff/eine in Teil 1 aufgeführte Gruppe von Stoffen auch unter eine in Teil 2 aufgeführte Kategorie von Stoffen, so sind die in Teil 1 festgelegten Mengenschwellen anzuwenden.

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Gefährliche Stoffe	Mengenschwellen (t) für die Anwendung von	
	Artikel 6 und 7	Artikel 9
Ammoniumnitrat	350	2 500
Ammoniumnitrat	1 250	5 000
Arsen(V)oxid, Arsen(V)säure und/oder ihre Salze	1	2
Arsen(III)oxid, Arsen(III)säure und ihre Salze		0,1
Brom	20	100
Chlor	10	25
Atemgängige pulverförmige Nickelverbindungen (Nickelmonoxid, Nickeldioxid, Nickelsulfid, Trinickeldisulfid, Dinickeltrioxid)		1
Ethylenimin	10	20
Fluor	10	20
Formaldehyd (Konzentration $\geq$ 90 %)	5	50
Wasserstoff	5	50
Chlorwasserstoff (verflüssigtes Gas)	25	250
Bleialkyle	5	50
Hochentzündliche verflüssigte Gase (einschließlich LPG) und Erdgas	50	200
Acetylen	5	50
Ethylenoxid	5	50
Propylenoxid	5	50
Methanol	500	5 000
4,4'-Methylen-bis (2-chloranilin) und seine Salze, pulverförmig		0,01

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Gefährliche Stoffe	Mengenschwellen (t) für die Anwendung von	
	Artikel 6 und 7	Artikel 9
Methylisocyanat		0,15
Sauerstoff	200	2 000
Tolylendiisocyanat	10	100
Karbondichlorid (Phosgen)	0,3	0,75
Arsentrihydrid (Arsin)	0,2	1
Phosphortrihydrid (Phosphin)	0,2	1
Schwefeldichlorid	1	1
Schwefeltrioxid	15	75
Polychlordibenzofurane und Polychlordibenzodioxine (einschließlich TCDD), in TCDD-Äquivalenten berechnet		0,001
Die folgenden KREBSERREGENDEN STOFFE: 4-Aminobinphenyl und seine Salze, Benizidin und seine Salze, Bis(chlormethyl)ether, Chlormethylmethylether, Dimethylcarbamoylchlorid, Dimethylnitrosamin, Hexamethy- lphosphortriamid, 2-Naphtylamin und seine Salze und 1,3-Propansulton sowie 4-Nitrodiphenyl	0,001	0,001
Motor- und sonstige Benzine	5 000	50 000

## ANMERKUNGEN

## 1. Ammoniumnitrat (350/2 500)

Dies gilt für Ammoniumnitrat und für (andere als die in Anmerkung 2 genannten) Mischungen von Ammoniumnitrat, bei denen der von Ammoniumnitrat abgeleitete Stickstoffgehalt gewichtsmäßig > 28 % ist, und für wässrige Lösungen von Ammoniumnitrat, bei denen die Konzentration von Ammoniumnitrat gewichtsmäßig > 90 % ist.

## 2. Ammoniumnitrat (1 250/5 000)

Dies gilt für reine Ammoniumnitrat-Düngemittel, die den Bedingungen der Richtlinie 80/876/EWG entsprechen, und für Volldünger, bei dem der von Ammoniumnitrat abgeleitete Stickstoffgehalt gewichtsmäßig > 28 % ist (Volldünger enthält Ammoniumnitrat mit Phosphat und/oder Pottasche).

## 3. Polychlordibenzofurane und Polychlordibenzodioxine

Die Berechnung der Mengen von Polychlordibenzofuranen und Polychlordibenzodioxinen erfolgt aufgrund der nachstehend aufgeführten Äquivalenzfaktoren:

International Toxic Equivalent Factors (ITEF) for the congeners of concern (NATO/CCMS)			
2,3,7,8-TCDD	1	2,3,7,8-TCDF	0,1
1,2,3,7,8-PeDD	0,5	2,3,4,7,8-PeCDF	0,5
		1,2,3,7,8-PeCDF	0,05
1,2,3,4,7,8-HxCDD	} 0,1	1,2,3,4,7,8-HxCDF	} 0,1
1,2,3,6,7,8-HxCDD		1,2,3,7,8,9-HxCDF	
1,2,3,7,8,9-HxCDD		1,2,3,6,7,8-HxCDF	
	2,3,4,6,7,8-HxCDF		
1,2,3,4,6,7,8-HpCDD	0,01		
OCDD	0,001	1,2,3,4,6,7,8-HpCDF	} 0,01
		1,2,3,4,7,8,9-HpCDF	
		OCDF	0,001

(T = tetra, P = penta, Hx = hexa, HP = hepta, O = octa)

## TEIL 2

## Kategorien von nicht namentlich in Teil 1 aufgeführten Stoffen und Zubereitungen

Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Gefährliche Stoffe und Einstufung	Mengenschwellen (t) des gefährlichen Stoffs im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 für die Anwendung von	
	Artikel 6 und 7	Artikel 9
1. SEHR GIFTIG	5	20
2. GIFTIG	50	200
3. OXYDIEREND	50	200
4. EXPLOSIONSGEFÄHRLICH (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 2 Buchstabe a) gegebene Definition fällt)	50	200
5. EXPLOSIONSGEFÄHRLICH (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 2 Buchstabe b) gegebene Definition fällt)	10	50
6. ENTZÜNDLICH (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 3 Buchstabe a) gegebene Definition fällt)	5 000	50 000
7 a. LEICHTENTZÜNDLICH (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 3 Buchstabe b) Nummer 1 gegebene Definition fällt)	50	200
7 b. LEICHTENTZÜNDLICHE Flüssigkeiten (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 3 Buchstabe b) Nummer 2 gegebene Definition fällt)	5 000	50 000
8. HOCHENTZÜNDLICH (wenn der Stoff/die Zubereitung unter die in Anmerkung 3 Buchstabe c) gegebene Definition fällt)	10	50
9. UMWELTGEFÄHRLICH in Verbindung mit Gefahrenhinweis:		
i) R50: „Sehr giftig für Wasserorganismen“	200	500
ii) R51: „Giftig für Wasserorganismen“ und R53: „Kann langfristige Gewässerschäden verursachen“	500	2 000
10. JEDE EINSTUFUNG, soweit nicht oben erfaßt, in Verbindung mit Gefahrenhinweis:		
i) R14: „Reagiert heftig mit Wasser“ (einschließlich R14/15)	100	500
ii) R29: „Entwickelt bei Berührung mit Wasser giftige Gase“	50	200

## ANMERKUNGEN

- Die Einstufung der Stoffe und Zubereitungen erfolgt gemäß den folgenden Richtlinien in ihrer geänderten Fassung und ihrer jeweiligen Anpassung an den technischen Fortschritt:
  - Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe <sup>(1)</sup>,
  - Richtlinie 88/379/EWG des Rates vom 7. Juni 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen <sup>(2)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. 196 vom 16. 8. 1967, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/105/EG (ABl. Nr. L 294 vom 30. 11. 1993, S. 21).

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 187 vom 16. 7. 1988, S. 14.

— Richtlinie 78/631/EWG des Rates vom 26. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Schädlingsbekämpfungsmittel) <sup>(1)</sup>.

Auf Stoffe und Zubereitungen, die nicht als gefährlich gemäß einer der vorstehenden Richtlinien eingestuft sind, aber dennoch in einem Betrieb vorhanden sind oder vorhanden sein können und unter den im Betrieb angetroffenen Bedingungen hinsichtlich ihres Unfallpotentials gleichwertige Eigenschaften besitzen oder besitzen können, finden die Verfahren für die vorläufige Einstufung nach dem einschlägigen Artikel der betreffenden Richtlinie Anwendung.

Bei Stoffen und Zubereitungen mit Eigenschaften, die zu mehr als einer Einstufung im Sinne dieser Richtlinie Anlaß gelten, die jeweils niedrigeren Grenzwerte.

Für die Anwendung dieser Richtlinie wird nach dem Verfahren des Artikels 22 ein Verzeichnis mit Angaben über gefährliche Stoffe und Zubereitungen erstellt, regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht und genehmigt.

2. „Explosionsgefährlich“, bezeichnet

- a) i) einen Stoff oder eine Zubereitung, bei dem bzw. der das Risiko der Explosion durch Schlag, Reibung, Feuer oder andere Zündquellen besteht (Gefahrenhinweis R 2);
- ii) einen pyrotechnischen Stoff als einen Stoff (beziehungsweise ein Gemisch aus Stoffen), mit dem aufgrund selbständiger, nichtdetonierender, unter Freiwerden von Wärme ablaufender chemischer Reaktionen, Wärme, Licht, Schall, Gas oder Rauch bzw. eine Kombination dieser Wirkungen erzeugt werden soll,
- oder
- iii) explosionsfähige oder pyrotechnische Stoffe oder Zubereitungen, die in Gegenständen enthalten sind;
- b) einen Stoff oder eine Zubereitung, bei dem bzw. der eine besondere Gefahr der Explosion durch Schlag, Reibung, Feuer oder andere Zündquellen besteht (Gefahrenhinweis R 3).

3. „Entzündlich“, „leichtentzündlich“ und „hochentzündlich“ (in den Kategorien 6, 7 und 8) bezeichnet

a) entzündliche Flüssigkeiten:

Stoffe und Zubereitungen, die einen Flammpunkt von mindestens 21 °C und höchstens 55 °C haben (Gefahrenhinweis R 10) und die Verbrennung unterhalten;

b) leichtentzündliche Flüssigkeiten:

1. — Stoffe und Zubereitungen, die sich in Kontakt mit Luft bei Umgebungstemperatur ohne Energiezufuhr erhitzen und schließlich Feuer fangen können (Gefahrenhinweis R 17),  
— Stoffe, die einen Flammpunkt unter 55 °C haben und die unter Druck in flüssigem Zustand bleiben, sofern bei bestimmten Arten der Behandlung, z. B. unter hohem Druck und bei hoher Temperatur, das Risiko schwerer Unfälle entstehen kann;
2. Stoffe und Zubereitungen, die einen Flammpunkt unter 21 °C haben und nicht hochentzündlich sind (Gefahrenhinweis R 11 zweiter Gedankenstrich);

c) hochentzündliche Gase und Flüssigkeiten:

1. flüssige Stoffe und Zubereitungen, die einen Flammpunkt unter 0 °C haben und deren Siedepunkt (bzw. Anfangssiedepunkt im Fall eines Siedebereichs) bei Normaldruck höchstens 35 °C beträgt (Gefahrenhinweis R 12 erster Gedankenstrich),  
und
2. gasförmige Stoffe und Zubereitungen, die bei Normaldruck in Kontakt mit Luft bei Umgebungstemperatur entzündlich sind (Gefahrenhinweis R 12 zweiter Gedankenstrich), gleich ob sie unter Druck in gasförmigem oder flüssigem Zustand gehalten werden, ausgenommen hochentzündliche verflüssigte Gase (einschließlich LPG) und Erdgas nach Teil 1,  
und
3. flüssige Stoffe und Zubereitungen, die auf einer Temperatur oberhalb ihres jeweiligen Siedepunkts gehalten werden.

4. Das Addieren von Mengen gefährlicher Stoffe zwecks Bestimmung der in einem Betrieb vorhandenen Menge erfolgt nach folgender Formel:

Der Betrieb fällt unter die einschlägigen Vorschriften dieser Richtlinie, wenn die Summe

$$q_1/Q + q_2/Q + q_3/Q + q_4/Q + q_5/Q + \dots > 1 \text{ ist,}$$

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 206 vom 29. 7. 1978, S. 13. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 92/32/EWG (AbI. Nr. L 154 vom 5. 6. 1992, S. 1).

wobei  $q_x$  die vorhandene Menge  $x$  eines gefährlichen Stoffes (oder gefährlicher Stoffe ein und derselben Kategorie) im Sinne von Teil 1 oder Teil 2 dieses Anhangs,

$Q$  die relevante Schwellenmenge aus Teil 1 oder Teil 2 ist.

Diese Regel findet unter folgenden Bedingungen Anwendung:

- a) bei in Teil 1 aufgeführten Stoffen und Zubereitungen in Mengen unter ihrer individuellen Schwellenmenge, die zusammen mit Stoffen der gleichen Kategorie aus Teil 2 vorhanden sind, und für das Addieren von Mengen und Stoffen und Zubereitungen der gleichen Kategorie aus Teil 2;
  - b) für das Addieren der Mengen der Kategorien 1, 2 und 9, die zusammen in einem Betrieb vorhanden sind;
  - c) für das Addieren der Mengen der Kategorien 3, 4, 5, 6, 7a, 7b und 8, die zusammen in einem Betrieb vorhanden sind.
-

*ANHANG II***IN DEM SICHERHEITSBERICHT NACH ARTIKEL 9 ZU BERÜCKSICHTIGENDE MINDEST-  
ANGABEN UND MINDESTINFORMATIONEN****I. Informationen über das Managementsystem und die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle**

Mit diesen Informationen müssen die in Anhang III aufgeführten Punkte abgedeckt werden.

**II. Umfeld des Betriebs**

- A. Beschreibung des Standorts und seines Umfelds einschließlich der geographischen Lage, der meteorologischen, geologischen und hydrographischen Daten sowie gegebenenfalls der Vorgeschichte des Standorts.
- B. Verzeichnis der Anlagen und Tätigkeiten innerhalb des Betriebs, bei denen die Gefahr eines schweren Unfalls bestehen kann.
- C. Beschreibung der Bereiche, die von einem schweren Unfall betroffen werden könnten.

**III. Beschreibung der Anlage**

- A. Beschreibung der wichtigsten Tätigkeiten und Produktionen, der sicherheitsrelevanten Betriebsteile, der Ursachen potentieller schwerer Unfälle sowie der Bedingungen, unter denen der jeweilige schwere Unfall eintreten könnte, und Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Verhütung schwerer Unfälle.
- B. Beschreibung der Verfahren, insbesondere der Verfahrensabläufe.
- C. Beschreibung der gefährlichen Stoffe:
  - 1. Verzeichnis der gefährlichen Stoffe, das folgendes umfaßt:
    - Angaben zur Feststellung der gefährlichen Stoffe: Angabe ihrer chemischen Bezeichnung, CAS-Nummer, Bezeichnung nach der IUPAC-Nomenklatur,
    - Höchstmenge des vorhandenen Stoffes/der vorhandenen Stoffe oder des Stoffes, der vorhanden sein kann/der Stoffe die vorhanden sein können;
  - 2. physikalische, chemische und toxikologische Merkmale sowie Angabe der für Mensch oder Umwelt unmittelbar bestehenden und der sich erst später auf sie auswirkenden Gefahren;
  - 3. physikalisches oder chemisches Verhalten unter normalen Einsatzbedingungen oder bei vorhersehbaren Störungen.

**IV. Ermittlung und Analyse möglicher Unfälle und Mittel zu deren Verhütung**

- A. Eingehende Beschreibung der Szenarien möglicher schwerer Unfälle nebst der Möglichkeiten und Bedingungen für ihr Eintreten, einschließlich einer Zusammenfassung der Vorfälle, die für das Eintreten jedes dieser Szenarien ausschlaggebend sein könnten, unabhängig davon, ob die Ursachen hierfür innerhalb oder außerhalb der Anlage liegen.
- B. Abschätzung des Ausmaßes und der Schwere der Folgen der ermittelten schweren Unfälle.
- C. Beschreibung der technischen Parameter sowie Ausrüstungen zur Sicherung der Anlagen.

**V. Schutz- und Notfallmaßnahmen zur Begrenzung von Unfallfolgen**

- A. Beschreibung der Einrichtungen, die in der Anlage zur Begrenzung der Folgen schwerer Unfälle vorhanden sind.
- B. Auslösung des Alarms und Durchführung der Notfallmaßnahmen.
- C. Beschreibung der Mittel, die innerhalb oder außerhalb des Betriebes für den Notfall zur Verfügung stehen.
- D. Zur Erarbeitung des internen Notfallplans nach Artikel 11 erforderliche Zusammenfassung der unter den Buchstaben A, B und C gemachten Sachangaben.

## ANHANG III

**GRUNDSÄTZE NACH ARTIKEL 7 UND INFORMATIONEN NACH ARTIKEL 9 BETREFFEND DAS MANAGEMENTSYSTEM UND DIE BETRIEBSORGANISATION IM HINBLICK AUF DIE VERHÜTUNG SCHWERER UNFÄLLE**

Bei der Anwendung des Konzepts des Betreibers zur Verhütung schwerer Unfälle und beim Sicherheitsmanagementsystem ist den nachstehenden Elementen Rechnung zu tragen. Die in der Unterlage nach Artikel 7 vorgesehenen Vorschriften sind unter Berücksichtigung der betriebsspezifischen Risiken schwerer Unfälle anzuwenden.

- a) Das Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle ist schriftlich auszufertigen; es umfaßt die Gesamtziele und allgemeinen Grundsätze des Vorgehens des Betreibers zur Begrenzung der Risiken schwerer Unfälle.
- b) In das Sicherheitsmanagementsystem ist derjenige Teil des allgemeinen Überwachungssystems einzugliedern, zu dem Organisationsstruktur, Verantwortungsbereiche, Handlungsweisen, Verfahren, Prozesse und Mittel gehören, also die für die Festlegung und Anwendung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle relevanten Punkte.
- c) Folgende Punkte werden durch das Sicherheitsmanagementsystem geregelt:
  - i) Organisation und Personal — Aufgaben und Verantwortungsbereiche des zur Überwachung der Risiken schwerer Unfälle vorgesehenen Personals auf allen Stufen der Organisation. Ermittlung des entsprechenden Ausbildungsbedarfs und Durchführung der erforderlichen Ausbildungsmaßnahmen. Einbeziehung der Beschäftigten sowie gegebenenfalls von Subunternehmern.
  - ii) Ermittlung und Bewertung der Risiken schwerer Unfälle — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur systematischen Ermittlung der Risiken schwerer Unfälle bei bestimmungsgemäßem Betrieb und gestörtem Betrieb sowie Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere solcher Unfälle.
  - iii) Betriebskontrolle — Festlegung und Anwendung von Verfahren und Leitplänen für den sicheren Betrieb, einschließlich der Wartung der Anlagen, für Verfahren, Einrichtung und zeitlich begrenzte Unterbrechungen.
  - iv) Sichere Durchführung von Änderungen — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur Planung von Änderungen der Anlage oder des Lagerortes oder zur Auslegung einer neuen Anlage, eines neuen Verfahrens oder eines neuen Lagerortes.
  - v) Planung für Notfälle — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur Ermittlung vorhersehbarer Notfälle aufgrund einer systematischen Analyse und zur Erstellung, Erprobung und Überprüfung der Notfallpläne, um in Notfällen angemessen reagieren zu können.
  - vi) Qualitätssicherung — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur ständigen Bewertung der Erreichung der Ziele, die der Betreiber im Rahmen des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle und des Sicherheitsmanagementsystems festgelegt hat, sowie Einrichtung von Mechanismen zur Untersuchung und Korrektur bei Nichterreichung dieser Ziele. Die Verfahren umfassen das System für die Meldung schwerer Unfälle und Beinaheunfälle, insbesondere bei Versagen von Schutzmaßnahmen, die entsprechenden Untersuchungen und die Folgemaßnahmen, wobei einschlägige Erfahrungen zugrunde zu legen sind.
  - vii) Kontrolle und Analyse — Festlegung und Anwendung von Verfahren zur regelmäßigen systematischen Bewertung des Konzepts zur Verhütung schwerer Unfälle und der Wirksamkeit und Angemessenheit des Sicherheitsmanagementsystems. Von der Betriebsleitung entsprechend dokumentierte Analyse der Ergebnisse des bestehenden Konzepts, des Sicherheitsmanagementsystems sowie seine Aktualisierung.

*ANHANG IV***IN DIE NOTFALLPLÄNE NACH ARTIKEL 11 AUFZUNEHMENDE ANGABEN UND INFORMATIONEN****1. Interne Notfallpläne**

- a) Namen oder betriebliche Stellung der Personen, die zur Einleitung von Sofortmaßnahmen ermächtigt sind, sowie der Person, die für die Durchführung und Koordinierung der Abhilfemaßnahmen auf dem Betriebsgelände verantwortlich ist.
- b) Namen oder betriebliche Stellung der Person, die für die Verbindung zu der für den externen Notfallplan zuständigen Behörde verantwortlich ist.
- c) Für vorhersehbare Umstände oder Vorfälle, die für das Eintreten eines schweren Unfalls ausschlaggebend sein können, in jedem Einzelfall eine Beschreibung der Maßnahmen, die zur Kontrolle dieser Umstände bzw. dieser Vorfälle sowie zur Begrenzung der Folgen zu treffen sind, sowie eine Beschreibung der zur Verfügung stehenden Sicherheitsausrüstungen und Einsatzmittel.
- d) Vorkehrungen zur Begrenzung der Risiken für Personen auf dem Betriebsgelände, einschließlich Angaben über die Art der Alarmierung sowie das von den Personen bei Alarm erwartete Verhalten.
- e) Frühwarnvorkehrungen der für Einleitung der im externen Notfallplan vorgesehenen Maßnahmen zuständigen Behörde, Art der Informationen, die bei der ersten Meldung mitzuteilen sind, sowie Vorkehrungen zur Übermittlung von detaillierteren Informationen, sobald diese verfügbar sind.
- f) Vorkehrungen zur Ausbildung des Personals in den Aufgaben, deren Wahrnehmung von ihm erwartet wird, sowie gegebenenfalls zur Koordinierung dieser Ausbildung mit externen Notfall- und Rettungsdiensten.
- g) Vorkehrungen zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes.

**2. Externe Notfallpläne**

- a) Namen oder Stellung der Personen, die zur Einleitung von Sofortmaßnahmen bzw. zur Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes ermächtigt sind.
  - b) Vorkehrungen zur Entgegennahme von Frühwarnungen sowie zur Alarmauslösung und zur Benachrichtigung der Notfall- und Rettungsdienste.
  - c) Vorkehrungen zur Koordinierung der zur Umsetzung des externen Notfallplans notwendigen Einsatzmittel.
  - d) Vorkehrungen zur Unterstützung von Abhilfemaßnahmen auf dem Betriebsgelände.
  - e) Vorkehrungen betreffend Abhilfemaßnahmen außerhalb des Betriebsgeländes.
  - f) Vorkehrungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Unfall sowie über das richtige Verhalten.
  - g) Vorkehrungen zur Unterrichtung der Notfall- und Rettungsdienste anderer Mitgliedstaaten im Fall eines schweren Unfalls mit möglichen grenzüberschreitenden Folgen.
-



## ANHANG V

**EINZELHEITEN, DIE DER ÖFFENTLICHKEIT NACH ARTIKEL 13 ABSATZ 1 MITZUTEILEN SIND**

1. Name des Betreibers und Anschrift des Betriebs.
  2. Nennung des Beauftragten für die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Bezeichnung der Stellung dieser Person.
  3. Bestätigung, daß der Betrieb den Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung dieser Richtlinie unterliegt und daß die Mitteilung gemäß Artikel 6 Absatz 3 bzw. der Sicherheitsbericht gemäß Artikel 9 Absatz 1 der zuständigen Behörde vorgelegt wurde.
  4. Verständlich abgefaßte Erläuterung der Tätigkeit/der Tätigkeiten des Betriebs.
  5. Gebräuchliche Bezeichnungen oder — bei gefährlichen Stoffen im Sinne von Anhang I Teil 2 — Gattungsbezeichnung oder allgemeine Gefährlichkeitsstufe der im Betrieb vorhandenen Stoffe und Zubereitungen, von denen ein schwerer Unfall ausgehen könnte, sowie Angabe ihrer wesentlichen Gefahreneigenschaften.
  6. Allgemeine Unterrichtung über die Art der Gefahren von schweren Unfällen, einschließlich ihrer potentiellen Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt.
  7. Hinreichende Auskünfte darüber, wie die betroffene Bevölkerung gewarnt und über den Verlauf eines schweren Unfalls fortlaufend unterrichtet werden soll.
  8. Hinreichende Auskünfte darüber, wie die betroffene Bevölkerung bei Eintreten eines schweren Unfalls handeln und sich verhalten soll.
  9. Bestätigung, daß der Betreiber verpflichtet ist, auf dem Betriebsgelände — auch in Zusammenarbeit mit den Notfall- und Rettungsdiensten — geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Unfällen und größtmöglichen Begrenzung der Unfallfolgen zu treffen.
  10. Verweis auf den externen Notfallplan zur Bekämpfung von Unfallfolgen außerhalb des Betriebsgeländes mit der Aufforderung, allen Anordnungen von Notfall- oder Rettungsdiensten im Fall eines Unfalls Folge zu leisten.
  11. Einzelheiten darüber, wo unter Berücksichtigung der in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Geheimhaltungsaufgaben weitere Informationen eingeholt werden können.
-

## ANHANG VI

## KRITERIEN FÜR DIE IN ARTIKEL 15 ABSATZ 1 VORGESEHENE UNTERRICHTUNG DER KOMMISSION ÜBER EINEN UNFALL

I. Die Kommission muß über jeden Unfall unterrichtet werden, der unter Nummer 1 fällt oder mindestens eine der in den Nummern 2, 3, 4 und 5 beschriebenen Folgen hat.

**1. Beteiligte Stoffe**

Jede unfallbedingte Entzündung, Explosion oder Freisetzung eines gefährlichen Stoffs mit einer Menge von mindestens 5 % der in Spalte 3 des Anhangs I angegebenen Mengenschwelle.

**2. Schädigungen von Personen oder Sachen**

Ein Unfall, bei dem ein gefährlicher Stoff die unmittelbare Ursache für eine der nachstehenden Unfallfolgen ist:

- ein Todesfall;
- sechs Verletzungsfälle innerhalb des Betriebs mit Krankenhausaufenthalt von mindestens 24 Stunden;
- ein Verletzungsfall außerhalb des Betriebs mit einem Krankenhausaufenthalt von mindestens 24 Stunden;
- (eine) Wohnung(en) außerhalb des Betriebs, die durch den Unfall beschädigt und unbenutzbar geworden ist/sind;
- Evakuierung oder Einschließung von Personen für eine Dauer von mehr als zwei Stunden (Personen × Stunden): Wert von mindestens 500;
- Unterbrechung der Versorgung mit Trinkwasser, Strom oder Gas oder der Telefonverbindung für eine Dauer von mehr als 2 Stunden (Personen × Stunden): Wert von mindestens 1 000.

**3. Unmittelbare Umweltschädigungen**

- *Dauer- oder langfristige Schädigungen terrestrischer Lebensräume*
  - Gesetzlich geschützter, für Umwelt oder Naturschutz wichtiger Lebensraum: 0,5 ha,
  - großräumigerer Lebensraum, einschließlich landwirtschaftlich genutzter Flächen: 10 ha.
- *Erhebliche oder langfristige Schädigungen von Lebensräumen in Oberflächengewässern oder von marinen Lebensräumen (\*)*
  - Fluß, Kanal, Bach: ab 10 km,
  - See oder Teich: ab 1 ha,
  - Delta: ab 2 ha,
  - Meer oder Küstengebiet: ab 2 ha.
- *Erhebliche Schädigung des Grundwassers (\*)*
  - ab 1 ha.

**4. Sachschäden**

- Sachschäden im Betrieb: ab 2 Millionen ECU;
- Sachschäden außerhalb des Betriebs: ab 0,5 Millionen ECU.

**5. Grenzüberschreitende Schädigungen**

Jeder unmittelbar durch einen gefährlichen Stoff verursachte Unfall mit Folgen, die über das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats hinausgehen.

II. Unfälle oder „Beinaheunfälle“, die die Mitgliedstaaten aus technischer Sicht im Hinblick auf die Verhütung schwerer Unfälle und die Begrenzung ihrer Folgen für besonders bedeutsam halten und die den vorstehenden mengenbezogenen Kriterien nicht entsprechen, sollten der Kommission ebenfalls mitgeteilt werden.

---

(\*) Zur Bestimmung einer Schädigung kann gegebenenfalls auf die Richtlinien 75/440/EWG und 76/464/EWG und die im Hinblick auf ihre Anwendung auf bestimmte Stoffe erlassenen Richtlinien 76/160/EWG, 78/659/EWG oder 79/923/EWG oder den Wert der letalen Konzentration (LC50-Wert) für die repräsentativen Arten der geschädigten Umgebung Bezug genommen werden, wie er in der Richtlinie 92/32/EWG für das Kriterium „umweltgefährlich“ definiert worden ist.

## II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## KOMMISSION

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 3. Dezember 1996

über die Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kegelrollenlagern mit Ursprung in Japan

(97/27/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 23,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern <sup>(2)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 522/94 <sup>(3)</sup>, insbesondere auf Artikel 9,

nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss im Einklang mit der vorgenannten Verordnung,

in Erwägung nachstehender Gründe:

## A. VERFAHREN

- (1) Im November 1993 erhielt die Kommission einen Antrag der „Federation of European Bearing Manufacturers Associations“ (FEBMA) im Namen von Gemeinschaftsherstellern, auf die insgesamt angeblich ein größerer Teil der gesamten Gemeinschaftsproduktion von Kegelrollenlagern (nachstehend „TRB“ genannt) entfällt.
- (2) Der Antrag enthielt Beweise für das Vorliegen von Dumping und eine dadurch verursachte Schädigung;

diese Beweise wurden als ausreichend angesehen, um die Einleitung eines Verfahrens zu rechtfertigen. Nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss veröffentlichte die Kommission daher im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* <sup>(4)</sup> eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kegelrollenlagern mit Ursprung in Japan in die Gemeinschaft.

- (3) Die Kommission unterrichtete die bekanntermaßen betroffenen Hersteller und Einführer in der Gemeinschaft bzw. Hersteller in Japan sowie die japanischen Behörden offiziell über die Einleitung der Untersuchung und gab den betroffenen Parteien Gelegenheit, schriftlich Stellung zu nehmen und eine Anhörung zu beantragen.
- (4) Die Kommission holte alle für ihre Sachaufklärung für notwendig erachteten Informationen ein und prüfte sie nach.
- (5) Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich vom 1. Oktober 1993 bis zum 30. Juni 1994. Bei der Prüfung der Frage, ob die fraglichen Einfuhren eine Schädigung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft verursachten, stützte sich die Kommission auf die Entwicklung der Schadensindikatoren in der Zeit vom 1. Januar 1991 bis 30. Juni 1994. Damit die Angaben über den Untersuchungszeitraum mit denjenigen über die vorausgegangenen Kalenderjahre verglichen werden konnten, extrapolierte die Kommission aus den erstgenannten Angaben die entsprechenden Daten für einen Zwölfmonatszeitraum.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 56 vom 6. 3. 1996, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 66 vom 10. 3. 1994, S. 10.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. C 181 vom 2. 7. 1994, S. 7.

- (6) Da sich die Schadensermittlung und die Kausalitätsprüfung insbesondere aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Modelle der fraglichen Ware als schwierig erwiesen, überstieg die Untersuchung den normalen Zeitraum.
- (7) Folgende Unternehmen bilden den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft:
- FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA (Schweinfurt, Deutschland);
  - SKF GmbH (Schweinfurt, Deutschland);
  - SKF Industrie SpA (Cascine Vica, Italien);
  - SKF Espagnola S.A. (Madrid, Spanien);
  - Timken France (Colmar, Frankreich);
  - British Timken (Northampton, Vereinigtes Königreich) und
  - Société Nouvelle de Roulements (Annecy, Frankreich).
- (8) Während des Untersuchungszeitraums führten folgende Unternehmen TRB aus Japan in die Europäische Gemeinschaft aus:
- Koyo Seiko Co. Ltd (Osaka);  
 NTN Corporation (Osaka);  
 Nachi Fujikoshi Corporation (Tokyo);  
 NSK Ltd (Tokyo);  
 Maekawa Bearing Manufacturing Co. Ltd (Osaka) und  
 MC International Inc. (Osaka).
- (9) verkauft, nämlich an industrielle Verwender und an Großhändler.
- (10) Die Untersuchung ergab, daß die in Japan hergestellten und in die Gemeinschaft ausgeführten TRB sowie die von den Gemeinschaftsherstellern produzierten TRB die gleichen materiellen Eigenschaften und Verwendungen aufweisen. Daher wurden sie gemäß Artikel 2 Absatz 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates als gleichartige Ware angesehen.
- (11) 1991 leitete die Kommission auf Antrag des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ein gesondertes Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Außenringen ein<sup>(1)</sup>, das 1993 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf diese Ware führte<sup>(2)</sup>.
- (12) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft beantragte, die Kommission solle TRB und Außenringe als ein und dieselbe Ware betrachten und daher die Untersuchung im Rahmen dieses Verfahrens sowie die derzeitige Überprüfung der Antidumpingzölle auf die Einfuhren von Außenringen mit Ursprung in Japan<sup>(3)</sup> zusammenfassen. Die japanischen Hersteller unterstützten diesen Antrag. Im Einklang mit dem Urteil des Gerichtes erster Instanz der Europäischen Gemeinschaft<sup>(4)</sup> hält die Kommission jedoch an der Auffassung fest, daß es sich bei TRB und Außenringen um unterschiedliche Waren handelt, für die gemäß den geltenden Rechtsvorschriften separate Antidumpingverfahren eingeleitet werden können.

## B. WARE, GLEICHARTIGE WARE

- (9) Der Antrag und das Verfahren erstrecken sich auf Kegelrollenlager, einschließlich Zusammenstellungen aus Kegeln und Kegelrollen, des KN-Codes 8482 20 00.
- (10) TRB bestehen aus folgenden Teilen: (1) einem kegelförmigen Innenring, der aus dem gleichen Material wie der Außenring hergestellt ist (Innen- und Außenring werden häufig aus ein und demselben Werkstück ausgestanzt); (2) Kegelrollen, die auf dem Innenring festgehalten werden und es ermöglichen, daß sich der Innenring relativ zum Außenring bewegen kann; (3) einem Käfig, der die Rollen auf dem Innenring festhält; (4) einem Außenring, in den der (aus Innenring, Rollen und Käfig bestehende) Kegel eingesetzt wird, um ein vollständiges TRB herzustellen. TRB werden hauptsächlich in der Automobilindustrie verwendet.
- (11) In Japan und in der Gemeinschaft werden TRB hauptsächlich an zwei Kategorien von Abnehmern

## C. DEFINITION DES WIRTSCHAFTSZWEIGS DER GEMEINSCHAFT

- (15) Ein Gemeinschaftshersteller übermittelte innerhalb der gesetzten Frist keine zufriedenstellende Antwort auf den Fragebogen der Kommission. Dieses Unternehmen wurde daher wegen mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit aus dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft ausgeschlossen und demnach nicht in die Schadensermittlung der Kommission einbezogen. Im folgenden sind unter dem Begriff „Wirtschaftszweig der Gemeinschaft“ die kooperierenden Gemeinschaftshersteller zu verstehen, die den Antrag unterstützten und auf die zusammen ein größerer Teil der gesamten Gemeinschaftsproduktion von TRB im Sinne des Artikels 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 entfällt.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. C 2 vom 4. 1. 1991, S. 8.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 9 vom 15. 1. 1993, S. 7.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. C 292 vom 20. 10. 1994, S. 5.

<sup>(4)</sup> Rechtssache T-166/94 Koyo Seiko Co. Ltd. gegen Rat der Europäischen Union. Urteil vom 14. Juli 1995.

## D. SCHÄDIGUNG

**Verbrauch**

- (16) Zwischen 1991 und dem Ende des Untersuchungszeitraums verringerte sich der TRB-Verbrauch in der Europäischen Gemeinschaft von rund 150 Millionen Stück auf rund 135 Millionen Stück, d.h. um rund 9 Prozent. Dieser Nachfragerückgang ist auf den allgemeinen Konjunkturzyklus auf dem TRB-Markt zurückzuführen, auf dem die Nachfrage in Abhängigkeit vom allgemeinen Umfang der Geschäftstätigkeit der TRB-Verwender schwankt.

**Volumen und Marktanteil der Einfuhren**

- (17) Zwischen 1991 und dem Untersuchungszeitraum verringerten sich die Einfuhren von 5 800 Tonnen auf 5 000 Tonnen, d.h. um 13,8 Prozent. Gleichzeitig ging der Absatz dieser Waren von 11 Millionen Stück auf 8,5 Millionen Stück, d.h. um 23 Prozent, zurück.
- (18) Dabei schrumpfte der Marktanteil der Einfuhren von TRB mit Ursprung in Japan von 7,4 Prozent im Jahre 1991 auf 6,2 Prozent im Untersuchungszeitraum.

**Preise der Einfuhren**

- (19) In vier Mitgliedstaaten (Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich und Italien), die als repräsentativ für die Gemeinschaft insgesamt angesehen wurden, verglich die Kommission die von den japanischen Herstellern angegebenen Preise je Abnehmerkategorie mit den Preisen der Gemeinschaftshersteller für Modelle, die nach Auffassung der interessierten Parteien identisch waren. Auf dieser Grundlage wurde eine Preisunterbietung festgestellt.

Bei den kooperierenden Ausführern wurde eine gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne, ausgedrückt als Prozentsatz des mit den fraglichen Modellen erzielten Umsatzes der Gemeinschaftshersteller, von rund 13 Prozent festgestellt. Nach der gleichen Methode prüften die Kommissionsdienststellen auch das Preisverhalten der japanischen Ausführer bei ihren Verkäufen an die beiden unter Randnummer 11 genannten Kategorien von Abnehmern. Die Untersuchung ergab, daß die Preisunterbietungsspannen bei den Verkäufen an die Großhändler höher waren als bei den Verkäufen an die industriellen Verwender. Damit wird die Behauptung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft widerlegt, das Preisverhalten der betroffenen Ausführer sei in dem für die Gemeinschaftshersteller wichtigsten Marktsegment (industrielle Verwender) besonders aggressiv gewesen.

**Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft****Marktanteile**

- (20) Der Marktanteil der vom Wirtschaftszweig der Gemeinschaft hergestellten TRB verringerte sich

(gemessen in Stückzahlen) zwischen 1991 und dem Ende des Untersuchungszeitraums von 80,58 Prozent auf 75,52 Prozent, d.h. insgesamt um 6,2 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Marktanteil von TRB, die von alteingesessenen, mit dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft geschäftlich verbundenen Unternehmen außerhalb der Zwölfergemeinschaft (insbesondere in Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) hergestellt wurde, von 6,17 Prozent auf 10,08 Prozent, d.h. um 63,4 Prozent.

**Preise**

- (21) Die in Ecu ausgedrückten durchschnittlichen Preise des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft gegenüber allen Abnehmerkategorien verringerten sich zwischen 1991 und dem Ende des Untersuchungszeitraums in der EG um 2,81 Prozent, wobei der Preisrückgang ab 1993 0,98 Prozent erreichte. Bei den Verkäufen an industrielle Verwender, auf die der größte Teil des Gesamtumsatzes des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft entfiel, war zwischen 1991 und dem Untersuchungszeitraum ein Preisrückgang von 3,18 Prozent und ab 1993 ein Rückgang von 1,87 Prozent zu verzeichnen. Bei den Verkäufen an Großhändler gingen die Preise zwischen 1991 und dem Ende des Untersuchungszeitraums um 0,88 Prozent zurück, erhöhten sich dann aber ab 1993 um 3,74 Prozent.

**Absatz**

- (22) Zwischen 1991 und dem Untersuchungszeitraum ging die Zahl der TRB, die vom Wirtschaftszweig der Gemeinschaft hergestellt und in der Gemeinschaft verkauft wurden, um 14 Prozent zurück. Wie oben dargelegt, stieg im gleichen Zeitraum die Zahl derjenigen TRB deutlich an, die der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft von alteingesessenen, geschäftlich verbundenen Betrieben außerhalb der Zwölfergemeinschaft einfuhrte und in der Gemeinschaft verkaufte. Damit verringerten sich die Gesamtverkäufe des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft zunächst um 10 Prozent, was dem vorgenannten Nachfragerückgang entspricht, erhöhten sich dann aber zwischen 1993 und dem Untersuchungszeitraum um 8 Prozent.

**Rentabilität**

- (23) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft verzeichnete beim Verkauf der fraglichen Waren im Bezugszeitraum Verluste, die sich von rund 11 Prozent im Jahr 1991 auf rund 17 Prozent im Jahre 1993 erhöhten. Zwischen 1993 und dem Ende des Untersuchungszeitraums verringerten sich jedoch die Verluste des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft auf rund 7 Prozent.

**Produktion**

- (24) Zwischen 1991 und dem Untersuchungszeitraum verringerte sich die Produktion des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft um rund 11 Prozent.

*Produktionskapazität/Kapazitätsauslastung,  
Forschung und Entwicklung, Investitionen*

- (25) Die Produktionskapazität des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ging um 9,3 Prozent zurück, wobei sich die Kapazitätsauslastung um 2,2 Prozentpunkte verringerte. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sanken im gleichen Zeitraum um 62 Prozent, und auch die Investitionen gingen spürbar zurück.

*Beschäftigung*

- (26) Zwischen 1991 und dem Untersuchungszeitraum verringerte sich die Zahl der Beschäftigten im Wirtschaftszweig der Gemeinschaft um rund 27 Prozent. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in dieser Zeit seine Produktionskapazitäten konzernintern verlagerte und umfangreiche Umstrukturierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Gesamtproduktivität durchführte, die einen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge hatten.

**Schlußfolgerung zur Schädigung**

- (27) Die Kommission kommt daher zu dem Schluß, daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft im Bezugszeitraum mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert war. Allerdings konnte er seine Geschäftsergebnisse erheblich verbessern, auch wenn er weiterhin Verluste verzeichnete.

**E. SCHADENSURSACHE**

- (28) Die Kommission prüfte im Einklang mit der Grundverordnung, ob das Volumen und die Preise der betroffenen Einfuhren für die Lage des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ursächlich waren und zu einer bedeutenden Schädigung dieses Wirtschaftszweigs geführt hatten. Dabei wurde sichergestellt, daß die von anderen Faktoren verursachten Schwierigkeiten des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft nicht den betroffenen Einfuhren zugerechnet wurden.
- (29) Wie oben dargelegt, ging der Marktanteil der japanischen Einfuhren von 7,4 Prozent im Jahre 1991 auf 6,2 Prozent im Untersuchungszeitraum zurück. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß sich der Marktanteil der TRB, die von den Gemeinschaftsherstellern in der Gemeinschaft produziert wurden, von 80,58 Prozent im Jahr 1991 auf 75,52 Prozent im Untersuchungszeitraum verringerte und daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft von alteingesessenen Betrieben mit Sitz beispielsweise in den USA und Österreich beträchtliche Mengen TRB zum Weiterverkauf in die Gemeinschaft einfuhrte. Der Marktanteil dieser eingeführten TRB erhöhte sich von 6,17 Prozent im Jahr 1991 auf 10,8 Prozent im

Untersuchungszeitraum. Diese Einfuhren erreichten damit den höchsten Marktanteil im Vergleich zu den anderen Drittländern (Anstieg von 5,86 Prozent auf 6,68 Prozent) und übertrafen die japanischen Einfuhren sowohl in absoluten Zahlen als auch gemessen am Marktanteil.

- (30) Trotz der Preisunterbietung durch die japanischen Ausführer blieb der Marktanteil des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft bei Einbeziehung der Waren von den geschäftlich verbundenen Unternehmen in Drittländern (Begründung siehe oben) während des gesamten Bezugszeitraums nahezu konstant. Die Marktanteileinbußen des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft wurden folglich in erster Linie durch dessen Einfuhr aus Drittländern hervorgerufen und somit vom Wirtschaftszweig selbst verursacht. Daher kam die Kommission zu dem Schluß, daß die japanischen Einfuhren im Bezugszeitraum keine bedeutenden Auswirkungen auf die Entwicklung des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft (bei Einbeziehung der Waren von den geschäftlich verbundenen Unternehmen in Drittländern) hatten.

- (31) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft machte geltend, er habe seine Preise zur Verteidigung seines Marktanteils an die niedrigeren Preise und Preisangebote der japanischen Ausführer anpassen müssen, was zu einem Preisverfall, einer Verhinderung von Preiserhöhungen und einer hohen finanziellen Belastung geführt habe. Somit hätten die japanischen Ausführer trotz ihres relativ geringen Marktanteils das Preisniveau in der Gemeinschaft erheblich beeinflusst.

- (32) Die Tatsache, daß die Preise bei bestimmten Geschäften innerhalb bestimmter Vertriebskanäle unterboten wurden, sowie die Höhe der Preisunterbietungsspannen sind für das Ergebnis dieser Untersuchung nicht ausschlaggebend. Gemäß der Grundverordnung sind vielmehr die Auswirkungen dieser Preisunterbietung maßgeblich. In diesem Zusammenhang beantragte der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft, daß der von der Kommission berechnete Prozentsatz, um den die Verkaufspreise zurückgingen, um eine Spanne von 3 Prozent erhöht werden solle, um den durchschnittlichen Anstieg der Produktionskosten im Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in diesem Zeitraum zu erfassen und somit zu berücksichtigen, daß der Wirtschaftszweig an Preiserhöhungen gehindert wurde. Dies sei insbesondere bei seinen Verkäufen an industrielle Abnehmer der Fall gewesen. Während der Rezession (von 1990 bis Anfang 1994) habe der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft seinen Marktanteil gegenüber den niedrigeren Preisangeboten der japanischen Konkurrenten verteidigen müssen, da Absatz- und Marktanteileinbußen zu einem Anstieg der Stückkosten in der TRB-Produktion und damit zu noch höheren Verlusten im Wirtschaftszweig der Gemeinschaft geführt hätten.

- (33) Nach den Feststellungen der Kommission gingen die Preise in der Zeit vom 1. Januar 1991 bis zum 30. Juni 1994 tatsächlich zurück. Hätte der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft jedoch wirklich auf Preiserhöhungen verzichten müssen, um sein Absatzvolumen und seinen Marktanteil zu verteidigen (ein Ziel, das weitgehend erreicht wurde), so hätte er steigende finanzielle Verluste verzeichnet. Die Untersuchung ergab jedoch, daß das Gegenteil der Fall war, denn der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft konnte seine Geschäftsergebnisse verbessern, obwohl keine Antidumpingmaßnahmen für die Einfuhren der fraglichen Waren galten.
- (34) Daher teilt die Kommission nicht die Ansicht, daß die von der Untersuchung betroffenen Einfuhren den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft in bedeutendem Maße zu einer Senkung seiner Preise veranlaßt oder an einer Erhöhung seiner Preise gehindert hätten, wobei insbesondere die im Bezugszeitraum herrschende Rezession zu berücksichtigen ist.
- (35) Was das Preisverhalten der japanischen Ausführer anbetrifft, so waren die Preisunterbietungsspannen bei den Verkäufen an industrielle Abnehmer, die die wichtigsten Kunden des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft sind, niedriger als bei den Verkäufen an Großhändler. In die gewogene durchschnittliche Preisunterbietungsspanne floß somit in erster Linie die höhere Preisunterbietung der japanischen Ausführer bei Verkäufen an Großhändler ein; dagegen ergab sich beim begrenzten Preisrückgang bzw. der begrenzten Verhinderung von Preiserhöhungen das umgekehrte Bild (d.h. die Verkäufe an industrielle Abnehmer waren stärker betroffen als die Verkäufe an Großhändler).
- (36) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft machte ferner geltend, das niedrige Preisniveau habe ihn im Bezugszeitraum zu einem Kapazitätsabbau in der Gemeinschaft und einer Verringerung der Investitionen gezwungen, um den Break-even-Punkt herabzusetzen und somit seine Verluste zu begrenzen. Dies habe dazu geführt, daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft 1995 die Nachfrage nicht mehr decken konnte. Zur Finanzierung von Investitionen in neue Produktionsanlagen müsse der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine deutlich höhere Umsatzrentabilität erzielen als im Untersuchungszeitraum.
- (37) Nach Auffassung der Kommission gehört es zum normalen Geschäftsverhalten, die Kosten zu senken, insbesondere in Zeiten einer Rezession. Genauso normal erscheint es, bei einem Wirtschaftsaufschwung die Kapazitäten unter Rückgriff auf die üblichen Finanzmittel auszuweiten. Der Kapazitätsabbau sollte daher nicht den fraglichen Einfuhren zur Last gelegt werden, zumal diese Einfuhren in stärkerem Maße zurückgingen, als im Wirtschaftszweig der Gemeinschaft Kapazitäten abgebaut wurden. Außerdem ist bei der Bewertung dieses Kapazitätsabbaus zu berücksichtigen, daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft offensichtlich

Teile seiner Produktion in Länder außerhalb der Zwölfergemeinschaft verlagerte.

- (38) Daher kommt die Kommission zu dem Schluß, daß die Einfuhren aus Japan keine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 verursachten.

#### F. DROHENDE SCHÄDIGUNG

- (39) Der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft machte unter Bezugnahme auf Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 geltend, daß aufgrund der Einfuhren aus Japan eine Schädigung drohe. Er behauptete unter Vorlage entsprechender Angaben, daß sich die Einfuhren aus Japan nach dem Untersuchungszeitraum in absoluten Zahlen erhöht hätten, so daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft seine Preise weiter senken müßte bzw. weiterhin an Preiserhöhungen gehindert würde.
- (40) Hier ist daran zu erinnern, daß sich die Marktanteile der japanischen Ausführer nach den Feststellungen der Kommission im Bezugszeitraum verringerten und daß die fraglichen Einfuhren während dieser Zeit keine bedeutenden Auswirkungen auf die Preise des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft hatten.
- (41) Die Angaben des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft lassen nicht den Schluß zu, daß sich ein Anstieg der Einfuhren so stark auf die Entwicklung der Marktanteile und der Preise des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft auswirken könnte, daß eine bedeutende Schädigung im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 verursacht würde, zumal sich der Markt nach dem Bezugszeitraum offensichtlich erholt hat.
- (42) Außerdem liegen der Kommission keine Hinweise dafür vor, daß es in Japan zu einer Ausweitung der Produktionskapazität beziehungsweise einer Erhöhung der Lagerbestände gekommen ist oder daß eine solche Entwicklung in nächster Zeit bevorsteht.
- (43) Die Kommission vertritt daher die Auffassung, daß eine bedeutende Schädigung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft durch die japanischen Einfuhren weder klar vorauszusehen ist noch unmittelbar bevorsteht und daß die Einführung von Antidumpingmaßnahmen wegen einer drohenden Schädigung nicht gerechtfertigt ist.

#### G. DUMPING

- (44) Daher war es nach Auffassung der Kommission nicht erforderlich zu prüfen, ob die fraglichen Einfuhren gedumpte waren, da selbst eine positive Dumpingfeststellung keine Auswirkungen auf die vorgenannte Analyse hätte und daher nichts an den Schlußfolgerungen ändern würde.

## H. SCHLUSSFOLGERUNG

- (45) Unter diesen Umständen sollte das Verfahren gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 eingestellt werden.
- (46) Die Kommission unterrichtete die interessierten Parteien, einschließlich des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft, über ihre Feststellungen und Schlußfolgerungen. Nach dieser Unterrichtung brachten die Vertreter des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft mündlich und schriftlich neue Argumente zu den Auswirkungen der fraglichen japanischen Einfuhren auf den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft vor. Nach Prüfung dieser Stellungnahmen kam die Kommission zu dem Schluß, daß eine Änderung ihrer vorgenannten Schlußfolgerungen nicht gerechtfertigt war. Mehrere Mitglied-

staaten erhoben im Beratenden Ausschuß Einwände dagegen —

BESCHLIESST:

*Einziges Artikel*

Das Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Kegelrollenlagern des KN-Codes 8482 20 00 mit Ursprung in Japan wird eingestellt.

Brüssel, den 3. Dezember 1996

*Für die Kommission*

Leon BRITTAN

*Vizepräsident*

---



**BERICHTIGUNGEN****Berichtigung der Empfehlung 96/733/EG der Kommission vom 9. Dezember 1996 über  
Umweltvereinbarungen zur Durchführung von Richtlinien der Gemeinschaft**

*(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 333 vom 21. Dezember 1996)*

Inhalt, Titel und Unterschriftsdatum:

*anstatt:* „9. Dezember 1996“

*muß es heißen:* „27. November 1996“.

---